

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Der ADGB erklärt:

In der Öffentlichkeit wird die Aufgabe und Stellung der Gewerkschaften in den durch die Reichstagswahl geschaffenen Veränderungen des Staatsgefüges vielfach erörtert. Willenskundgebungen der Gewerkschaften über Art und Richtung ihrer ferneren Tätigkeit finden weithin größte Beachtung. Die verbindlichen Äußerungen einzelner Spitzenvertretungen und großer Organisationen bildeten die Grundlage zahlreicher Erörterungen in der Presse. Zu diesen Diskussionen nimmt nun der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Stellung mit einer von seinem Bundesvorstand beschlossenen Erklärung. Die Erklärung lautet:

Die Gewerkschaften sind der Ausdruck einer unabwiesbaren sozialen Notwendigkeit, ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung selbst. Als organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft sind die Gewerkschaften ins Leben getreten und im Verlaufe ihrer Geschichte aus natürlichen Gründen mehr und mehr auch mit dem Staate selbst verwachsen. Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist.

Die großen Tarifgemeinschaften zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterschaft sind der untrügliche Beweis dafür, daß die Gewerkschaften von dem Willen geleitet sind, die ihnen obliegende Vertretung der Arbeiterinteressen in freier Vereinbarung mit den Unternehmern wahrzunehmen. Trotz aller Wirrnisse und wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben die Tarifverträge durch die Jahrzehnte sich erhalten und in weitem Umfange dem Wirtschaftsfrieden gedient.

Durch die Anerkennung und Inanspruchnahme des staatlichen Schlichtungswesens haben die Gewerkschaften

gezeigt, daß sie das Recht des Staates anerkennen, in die Auseinandersetzungen zwischen organisierter Arbeiterschaft und Unternehmertum einzugreifen, wenn das Allgemeininteresse es erforderlich macht.

Die Gewerkschaften haben der freiwilligen Vereinbarung mit den Unternehmern stets den Vorzug vor Zwangstarifen gegeben und halten auch weiterhin an dieser Auffassung fest. Sie sind durchaus bereit, auf diesem Wege im Sinne einer Selbstverwaltung der Wirtschaft auch über das Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammen zu wirken. Eine staatliche Aufsicht über solche Gemeinschaftsarbeit der freien Organisationen der Wirtschaft könnte ihr unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern.

Die Gewerkschaften beanspruchen nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken. Ihre Aufgabe in dieser Hinsicht kann nur sein, die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung und Gesetzgebung zuzuleiten sowie der Regierung und dem Parlament mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen auf diesen Gebieten dienlich zu sein.

Die Gewerkschaften beanspruchen für sich kein Monopol. Über der Form der Organisation steht die Wahrung der Arbeiterinteressen. Eine wahre Gewerkschaft kann sich aber nur auf freiwilligen Zusammenschluß der Mitglieder gründen, sie muß von den Unternehmern ebenso wie von politischen Parteien unabhängig sein.

Der Vorstand

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Berlin, 21. März 1933.

Die nächsten Aufgaben

Kein Zweifel, das deutsche Volk hat die letzten Wochen eine außerordentliche Umwälzung erlebt. Man mag sie, wie es vielfach geschieht, eine nationale Revolution oder sonstwie nennen, jedenfalls hat sie das politische Gesicht Deutschlands bedeutsam verändert: an die Stelle der schwarzrotgoldenen Reichsfahne ist die des alten Reichs und die Hakenkreuzfahne getreten. Die deutschen Gliedstaaten sind mit dem Reich „gleichgeschaltet“, in jenen wird nun die gleiche Politik wie in diesem getrieben. Die beiden nationalen Parteien haben in allen Staaten die Regierungen besetzt. In die staatlichen wie auch in die gemeindlichen Verwaltungen und in die anderen öffentlichen Einrichtungen sind die Anhänger oder Vertrauensleute der beiden Regierungsparteien eingezogen, während die der früheren Regierungsparteien abgedankt worden sind. Dies offenbar zu dem Zweck, die Einheit des Reichs zu festigen, den bürokratischen Leerlauf zu unterbinden und die öffentlichen Verwaltungen zu vereinfachen. Dies alles ist längst schon gewünscht und zuweilen auch erstrebt worden; aber der Erfolg ließ auf sich warten. Hier ist viel gesündigt und viel versäumt worden. In diesen Spalten wurde oft und oft auf die Vielregiererei, den Kantönigeist und auf den bürokratischen Oktopus warnend hingewiesen und auf Abhilfe gedrungen. Von einer Besserung war indessen nichts zu sehen, die Übel wurden vielmehr größer und rafften immer mehr von des Bürgers Einkommen und Stimmung hinweg. Wenn es jetzt wirklich gelänge, die Sünden der Vergangenheit in ihr Gegenteil zu kehren, so würde das ganze Volk, insonderheit aber die Arbeiterschaft, der Gewinner sein.

Der jetzigen Reichsregierung dürfte es leichter als einer früheren sein, ihre Absichten durchzusetzen. Denn sie verfügt über eine absolute Mehrheit in den Parlamenten und über die ungeteilte politische Macht. Eine Macht, die ihr durch Volksabstimmung verschafft wurde. Überdies hat die Regierung am 23. März vom Reichstag eine überaus weitgehende Ermächtigung erhalten, die ihr ermöglicht, gesetzgeberische Arbeiten ohne Zustimmung des Reichstags zu verrichten. Die Regierung wird, wenn sie es für nötig halten sollte, von ihrer Ermächtigung den vollen Gebrauch machen. Sie verfügt über Tatkraft genug, ihre Widersacher matt zu setzen. Somit hat die Regierung alle Machtmittel zu Gebote, ihre Politik, ihr Programm durchzusetzen.

An der Spitze des Programms der nationalen Regierung steht die Befreiung des deutschen Volkes von seiner vielgestaltigen insonderheit von der wirtschaftlichen Not. Die Beseitigung dieser Not ist das Primat des Erfolges einer jeden Regierung. Wenn dieses Problem nicht gelöst wird, muß alles andere Stückwerk bleiben.

Das Problem, Bauern und Arbeiter von der wirtschaftlichen Misere zu erlösen, steht übrigens in der ganzen Welt im Vordergrund der Regierungstätigkeit sowie der öffentlichen Erörterung. In allen Ländern wird seit

Jahren die Lösung des Problems heilig versprochen, es ist aber nichts Fühbares geschehen. Wohl ist hier und dort eine teilweise Milderung des Übels gelungen, im großen und ganzen aber hat es weiter um sich gegriffen. Das gilt auch von Deutschland. Hier wurde von den früheren Regierungen mehrfach und laut Besserung der Notlage versprochen, auch allerhand Maßnahmen wurden getroffen — das Übel aber ist geblieben und weiter gewachsen.

Das aber soll nun anders, soll besser werden. Die Regierung Hitler-Hugenberg-Seldte will bestimmt die deutschen Bauern und Arbeiter von ihrer entsetzlichen wirtschaftlichen Not befreien. Dies hat sie gleich in ihrem ersten Aufruf, dann noch mehrmals erklärt, und in der Reichstagsrede des Herrn Reichskanzlers am 23. März nimmt diese Aufgabe und die Entschlossenheit, sie zu lösen, einen breiten Raum ein. Nach alledem ist es nicht gestattet zu zweifeln, daß die Notwendigkeit, die deutsche Volksmasse von der wirtschaftlichen Not zu befreien, von der jetzigen Regierung nicht in ihrer Unerbittlichkeit erkannt wird. Und es kann weiter nicht gezweifelt werden, daß dafür die Regierung jetzt alle Machtmittel in der Hand hat.

Wenn nun endlich der wirtschaftlichen Not tatkräftig zu Leibe gegangen werden soll, so wird das niemand heißer begrüßen als die Gewerkschaften. An ihrer eifrigen Mitarbeit dürfte es bestimmt nicht fehlen. Denn der Grundzug ihres Strebens, nein, ihr Daseinszweck ist ja die Beseitigung der wirtschaftlichen Not des arbeitenden Volkes. Ihr ganzes Tun wurde und wird von nichts anderem diktiert; alle ihre Einrichtungen dienen dieser Sache. In der jüngsten Zeit haben sie unausgesetzt auf Maßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit, auf Arbeitsbeschaffung gedrängt, und es sich nicht verdrießen lassen, dafür einen ganzen Plan auszuarbeiten. Der Plan, für andere politische Verhältnisse als die gegenwärtigen berechnet, ist nun überholt. Für die Erreichung seines Zieles wären lange Jahre erforderlich gewesen. Daß es auch noch kürzere und geradere Wege gibt, die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, heißt die Erklärung der jetzigen Reichsregierung annehmen, wonach in vier Jahren schon die Verelendung der deutschen Bauern und Arbeiter beseitigt werden soll. Welche Mittel und Wege hierfür beschritten werden, ist noch unbekannt. Die Gewerkschaften werden selbstverständlich an jedem Plane eifrig mitwirken, der zur Milderung und Beseitigung des großen Übels dient, und sie werden dazu schon durch ihren Daseinszweck, die Hebung der Wohlfahrt der Arbeitermasse, bestimmt.

Die bisherigen deutschen Regierungen haben in der Beseitigung der wirtschaftlichen Not der Volksmasse nichts Wirksames vollbracht. Vielleicht hat ihnen dafür die nötige Entschlossenheit oder die Macht gefehlt. An beiden mangelt es jedoch der jetzigen Regierung sicherlich nicht. Ihre gesetzliche Vollmacht reicht zweifels- ohne aus, die wirtschaftliche Not einzudämmen, ja zu

beseitigen. Und auf die ehrliche Mithilfe der Gewerkschaften aller Richtungen kann sie bestimmt zählen. So kann denn die jetzige Regierung, mit sehr wesentlichen Vorbedingungen des Erfolgs ausgestattet, an das heilsame Werk gehen.

Die Arbeiterschaft im allgemeinen wie die Gewerkschaften im besonderen wünschen nichts sehnlicher, als daß ohne Zeitverlust mit dem Werk begonnen wird. Was sollte dem noch entgegenstehen? Die politische Umwälzung im Sinne der beiden Regierungsparteien ist vollzogen, außergewöhnliche Macht ist ihrer Regierung durch die „nationale Revolution“ vom Reichstag übertragen, kurz es ist so ziemlich alles vorhanden, was die Lösung des wirtschaftlichen Problems bedingt. Wenn die Regierung nun beherzt an das Werk geht, so werden ihr moralische Eroberungen auch bei den 48 vH des Volkes möglich sein, die am 5. März nicht für sie gestimmt haben.

Daß solche moralischen Eroberungen sehr geboten sind, wird von der Deutschen Allgemeinen Zeitung (am 13. März), die der Regierung ganz nahe steht, nachdrücklich betont. Sie schreibt, daß Arbeitslosigkeit und außenpolitische Vereinsamung die beiden Hauptgefahren Deutschlands seien; dann fährt das nationale Blatt fort:

„Zum erstenmal hat Polen Truppen von seiner russischen Grenze abgezogen und in die westlichen Randgebiete verlegt. Danzig ist unmittelbar bedroht. In Österreich tobt der innere Kampf... Die neutralen Länder, unsere besten Kunden, sind verärgert. Frankreich und England beraten die „Rettung“ der Abrüstungskonferenz. Die Vereinigten Staaten sind aktionsunfähig. Der Völkerbund stirbt. Italien wird uns befreundet sein... Aber wer wird zu unserem Schutze marschieren?“

Man könnte die Sorge, die aus diesen Sätzen der D.A.Z. spricht, noch durch Zitate aus einer Reihe von ausländischen Zeitungen erhärten. Doch die Sätze der D.A.Z. zeigen zur Genüge, daß außer der Arbeitslosigkeit noch ein Problem von nicht geringerer Schwere der Lösung harret, die gleichfalls im Innern Deutschlands zu beginnen hat. Das kann am ehesten dadurch geschehen, daß von der arg leidenden Masse der wirtschaftliche und seelische Druck genommen wird. Eine Regierung, zu der, wie die Wahlen bezeugen, Millionen hoffnungsvoll emporblicken, kann sich deren Vertrauen sicher erhalten und weitere moralische Eroberungen machen, wenn sie die Volksmasse von der Drangsal der Arbeitslosigkeit erlöst.

Es wäre allerdings reichlich optimistisch, alles von der nationalen Regierung zu erwarten. Sie kann den Gewerkschaften weder die Arbeit noch die Verantwortung abnehmen. Für die Gewerkschaften wird es nach wie vor der Aufgaben in Fülle geben. Ob oder wie der gewerkschaftliche Aufgabenkreis durch Regierungsmaßnahmen geändert werden wird, läßt sich nicht voraussagen. Das Dunkel der nächsten Zukunft darf jedoch die Gewerkschafter nicht zu Gleichgültigkeit und Nichtstun verleiten. Sie werden, auch wenn dies zur Stunde manche bezweifeln sollten, noch genug zu tun haben. Dies läßt sich am wirksamsten durch Zusammenarbeit, gegenseitige Treue und Solidarität bewerkstelligen. Die Gewerkschafter können nur durch Geschlossenheit ihre Aufgaben erfüllen. Das war immer so. Das wird bestimmt auch künftig der Fall sein.

Verlängerung von Lohn-tarifen

Für den 1. April waren umfangreiche Lohnstreitigkeiten zu erwarten, weil zu dieser Zeit viele Tarifverträge erneuert werden mußten. Die Erwartung hat sich jedoch nicht oder doch nur in verhältnismäßig geringem Umfange erfüllt. In zahlreichen Fällen ist die Kündigung der Verträge durch die Unternehmer unterblieben; andererseits sind in wichtigen Berufsgruppen Verträge, wenig oder gar nicht verändert, verlängert worden. Das soll in einigen Bezirken des Baugewerbes geschehen sein, wo freilich die Lohnsätze eine Verminderung in der Hauptsache von 3 bis 5 vH, erfahren haben. Bedeutsamer noch ist der „Tariffriede“ in der Textilindustrie, wo „im Interesse der Beruhigung der Wirtschaft“ das Abkommen um ein Jahr verlängert wurde. Das gleiche ist im Ruhrbergbau der Fall, wo die Unternehmer das Abkommen gekündigt hatten und nun seiner Verlängerung bis zum 30. September zustimmen.

Von der Metallindustrie ist ähnliches zu berichten. Bis zum 22. März wurden etwa ein Dutzend Neuabschlüsse von Verträgen gemeldet, die die wesentlichen Bestandteile der bisherigen Verträge unverändert oder wenig abgeändert enthalten. Es sind darunter Verträge von zahlenmäßig wichtigen Unternehmen oder Tarifbezirken. Die verlängerte Laufdauer ist verschieden; sie schwankt zwischen drei und neun Monaten, also bis zum Jahresende von 1933.

Die tariffriedliche Neigung der Unternehmer, die aus diesen Vertragsverlängerungen spricht, ist, man braucht es nicht

Aus dem Inhalt

Der ADGB erklärt: — Die nächsten Aufgaben — Verlängerung von Lohn-tarifen	Seite 67
Die Wirtschaftslage der Welt — Das Ermächtigungsgesetz Tod und Leben — Der Leuchtturmwächter — Der feine Herr	68
Um die Arbeitsgemeinschaft — Ergebnisse von Betriebsräte-wahlen — Besetzte Gewerkschaftshäuser	69
Die Bedeutung der Gewerkschaften — Elf Millionen Tonnen Kohlenvorrat — Sperre für neue Maschinen	70
Der Lohn im dritten Krisenjahr — Beitragszahlung im Krankheitsfalle — Anzeigen	71
	72

Die Wirtschaftslage der Welt

zu betonen, schwerlich auf einen Gesinnungswandel der Unternehmer im Grundsätzlichen zurückzuführen, sondern wohl auf einen Wink von oben. Darauf deutet auch die Erklärung des Zechenverbandes hin, daß eine Entscheidung der Reichsregierung auf dem Tarifgebiet bevorstehe. Wann diese Entscheidung fallen und wie sie aussehen wird, steht noch dahin. Es wird sehr verschiedenes vermutet, so daß es keinen Sinn hat, sich jetzt mit dieser Sache zu befassen. Das wird jedoch geboten und dann auch ersprießlicher sein, wenn man Bestimmtes über die Absichten der Regierung weiß. Immerhin kann noch erwähnt werden, daß laut Berliner Tageblatt die Anerkennung der „wirtschaftsfriedlichen“ Organisationen (Stahlhelm-Selbsthilfe, Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation und dergleichen) mit geregelt werde.

In Koburg ist es schon zwischen der Unternehmensehrlichkeit des Baugewerbes und den vorhin genannten nationalen Organisationen zu einem Tarifvertrag für den ganzen Bezirk Koburg gekommen. Von diesem Vertrag, unseres Wissens der erste in seiner Art, verdienen einige Einzelheiten hier mitgeteilt zu werden. Der Vertrag ist im Grunde die Fortsetzung des bisherigen, er enthält indessen die Bestimmung, daß die Lohnsätze für bessere Leistungen überschritten werden können. Damit diese Bestimmung nicht auf dem Papier stehen bleibt, wurde im Tarif festgesetzt, daß mindestens 10 vH der Arbeiter Leistungszulagen erhalten müssen, dagegen aber brauchen Minderleistende nicht in den Genuß der Tariflöhne gesetzt zu werden; für sie ist nach Verständigung mit dem Vertrauensmann der Arbeiter in jeweils vereinbartem Umfang eine Unterschreitung des Tariflohnes möglich.

Diese tarifvertragliche Neuerung ist sicherlich interessant, noch interessanter aber dürfte ihr Ergebnis für die nationalen Arbeiterpartner des Vertrags sein. Sie werden wahrscheinlich eine für sie recht lehrreiche Erfahrung machen.

Das Ermächtigungsgesetz

Die kurze Tagung des Reichstages galt vor allem dem Ermächtigungsgesetz, mit Hilfe dessen die gegenwärtige Regierung vier Jahre hindurch ohne Einspruch des Reichsparlamentes und des Reichsrates zu regieren in der Lage ist. Der Gesetzentwurf, der dem Reichstag vorlag, gliedert sich in fünf Artikel. Wir bringen sie nachstehend zum Abdruck:

1. Reichsgesetze können, außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren, auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Das gilt auch für die in Artikel 85, Absatz 2, und Artikel 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

3. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

4. Verträge des Reiches mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen für die Dauer der Geltung dieses Gesetzes nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft. Es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Dieses Ermächtigungsgesetz gibt der Reichsregierung Rechte und Vollmachten, die bisher noch keine Regierung besessen hat. Im Zeitraum von vier Jahren kann die Regierung die Gesetzgebung ohne Inanspruchnahme der gesetzgebenden Faktoren, des Reichstages und des Reichsrates ausüben. Sie kann aber auch den ordentlichen Weg der Gesetzgebung beschreiten. Die Reichsregierung erhält Vollmacht für vier Jahre, auf dem Gebiet der Finanzen ohne Reichstag die nötigen Anordnungen zu treffen. Durch Artikel 3 werden die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung außer Kraft gesetzt. Diese betreffen die Vorschriften, daß der Reichstag das Recht hat, Gesetzesvorlagen einzubringen oder diese der Zustimmung der Mehrheit des Reichsrates bzw. des Reichstages bedürfen. Die übrigen Artikel enthalten das Einspruchsrecht des Reichstages bzw. des Reichsrates, das Recht des Reichspräsidenten, ein Gesetz zum Volksentscheid zu bringen usw. Es werden somit die Rechte des Reichstages, des Reichsrates und des Reichspräsidenten eingeschränkt. Die Einwirkungsrechte des Reichspräsidenten auf die Reichsgesetzgebung gehen durch das Ermächtigungsgesetz auf den Reichskanzler über. Der Reichskanzler hat hiñfort das Recht, Gesetze auszufertigen und zu verkünden. Die Institutionen des Reichspräsidenten, des Reichstages und des Reichsrates kann die Reichsregierung allerdings nicht beseitigen. Wir betonen nochmals, daß das ganze Gesetz eine Kannvorschrift ist, die anzuwenden im Belieben der Reichsregierung steht.

Abnahme der Arbeiter

Die jetzt vorliegende Statistik über den Stand der Beschäftigung von Arbeitnehmern in der deutschen Wirtschaft in den Rechnungsjahren 1928/29 bis 1931/32, die sich auf die Ermittlungen der reichsgesetzlichen Krankenkassen stützt, läßt erkennen, in welchem ungeheuren Umfang der Arbeitsmarkt in den genannten Rechnungsjahren durch die Entlassungen von Arbeitnehmern belastet worden ist. Im Rechnungsjahr 1928/29 wurde der höchste Stand der Beschäftigung im September mit 18,20 Millionen Beschäftigten verzeichnet; damals waren 85,3 vH sämtlicher Arbeitnehmer beschäftigt; der tiefste Stand der Beschäftigung wurde innerhalb der Berichtsjahre im Februar des Rechnungsjahres 1931/32 erzielt, zu welchem Zeitpunkt nur noch 11,93 Millionen bzw. 59,3 vH sämtlicher Arbeitnehmer Beschäftigung hatten. In der Zeit von September 1928 bis zum Februar 1932 sind demnach nach der Krankenkassenstatistik 6,27 Millionen Arbeitnehmer aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden.

Seit Februar 1932 dürfte eine nennenswerte weitere Verschlechterung des Beschäftigungsstandes nicht mehr eingetreten sein, denn in der Zeit von 1. Februar 1932 bis zum 1. Februar 1933 hat sich die Zahl der unversicherten Vollerwerbslosen nur noch um rund 28000 erhöht. Im Durchschnitt der genannten vier Rechnungsjahre hat sich die Zahl der beschäftigten Arbeiter folgendermaßen entwickelt:

	Insgesamt in Mill. Personen	In vH der gesamten Arbeiterzahl
1928/29	17,35	80,2
1929/30	17,63	79,6
1930/31	15,87	74,2
1931/32	13,85	69,4

Im Verlauf der Wirtschaftskrise ist der Anteil der beschäftigten männlichen Arbeiter stärker zurückgegangen als der der weiblichen; so waren zum Beispiel im Durchschnitt des Rechnungsjahres 1928/29 82,6 vH der männlichen und 76,1 vH der weiblichen Arbeiter beschäftigt, im Durchschnitt des Rechnungsjahres 1931/32 hatten dagegen nur noch 70 vH aller männlichen, aber 68,4 vH aller weiblichen Arbeiter Beschäftigung.

Wer auf eine rasche Entspannung der weltwirtschaftlichen Lage gehofft hatte, dürfte bitter enttäuscht sein. Die Weltwirtschaft hat insbesondere durch die Kreditkrise in den Vereinigten Staaten eine Hemmung in dem Drange nach Wiederaufstieg erfahren. Das reiche Amerika hat mit allen Mitteln der Umklammerung eines erneuten scharfen Wirtschaftsabschwunges zu entgegen versucht. Aber alle Anstrengungen waren umsonst. Die Kreditkrise ist von unerhörter Auswirkung für die Wirtschaft dieses Landes geworden. Angesichts der Stellung der Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft bleibt eine derartige Störung nicht ohne Auswirkung. Die Hoffnung auf eine rasche Wendung im Gesamtbild der Weltwirtschaft ist dadurch wesentlich herabgemindert worden. Das Deutsche Institut für Konjunkturforschung urteilt über die Lage der Weltkonjunktur im März 1933 folgendermaßen:

„Die in der Depression übliche Entspannung des Kreditgefüges, die sich seit dem Herbst des vergangenen Jahres nur noch sehr schleppend vollzog, ist durch den Wiederausbruch der Kreditkrise in den Vereinigten Staaten erneut gestört worden. Der Ausbreitung der Kreditkrise auf andere Länder sind jetzt jedoch gewisse Grenzen gezogen: Die kurzfristige Verschuldung der Länder untereinander ist weitgehend getilgt worden oder durch Moratorien, Stillhalteabkommen und Devisenzwangswirtschaft gebunden; die Loslösung zahlreicher Währungen vom Golde erleichtert die Abwehr eines neuen internationalen Deflationsdrucks. Für Welthandel und Wirtschaftstätigkeit der einzelnen Länder bedeutet der Wiederausbruch der Kreditkrise in den Vereinigten Staaten eine neue Belastung. Immerhin ist die Widerstandsfähigkeit der Güterwirtschaft gegen kreditäre Störungen heute erheblich stärker als 1931: Die Fertigwarenlager sind im allgemeinen sehr niedrig, die kurzfristige Verschuldung der Wirtschaft hat sich erheblich vermindert, zahlreiche „schwache Stellen“ der Wirtschaft sind durch den vorangegangenen Liquidationsprozeß bereits ausgemerzt worden, und vielfach macht sich ein dringender Ersatzbedarf bemerkbar. Eine etwaige weitere Wirtschaftsschrumpfung dürfte sich deshalb in verhältnismäßig engen Grenzen halten.“

Im übrigen scheidet die Vorhersage der voraussichtlichen Konjunktur an der Ungewißheit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Seit Herbstanfang sind die Preise der Weltrohstoffe wieder etwas gesunken. Doch nehmen die sichtbaren Vorräte nicht mehr zu, sondern zeigen die Neigung zur Abnahme. Hier kommt der Nachfrageentwicklung eine entscheidende Bedeutung zu. Das Masseneinkommen sinkt in fast allen Staaten noch weiter. Dadurch werden die Preise für konsumreife Güter unter Druck gestellt. Die Produktionsbelegung, die in den meisten Staaten Mitte des vorigen Jahres einsetzte, hat nicht angehalten. Nachdem die Lager wieder einigermaßen gefüllt waren, stellte sich

ein erneuter Abschwung ein. Durch die Kreditkrise in den Vereinigten Staaten, Frankreich usw. sind die eingetretenen günstigen Voraussetzungen für eine Belebung geringer geworden.

Ein Länderüberblick vermittelt folgendes Bild: In Deutschland hat die konjunkturelle Entspannung während der verfloßenen Monate weitere Fortschritte gemacht. Die europäischen Agrarländer sind durch den erneuten Sturz der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder in Mitleidenschaft gezogen. Betroffen sind dadurch vor allem Dänemark, die baltischen Randstaaten, Polen und die Donauländer. Die überseeischen Rohstoffländer, so vor allem die südamerikanischen ABC-Staaten, Australien, Neuseeland usw., befinden sich in einer günstigeren Entwicklung. Für Großbritannien ist die Erholung des Pfundkurses das sichtbarste Kennzeichen der wirtschaftlichen Besserung. Die Verflüssigung des großbritannischen Geldmarktes wurde hauptsächlich durch das Einströmen großer Mengen von Auslandsgeldern hervorgerufen. Die Verflüssigung des Kapitalmarktes zeigt sich auch in Belgien, in der Schweiz und in Holland. Auch in Schweden und Norwegen dürfte der Konjunkturrückgang beendet sein.

In Schweden werden von der Regierung mit Hilfe großer Anleihen umfassende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die Wege geleitet. In der Tschechoslowakei hat sich ebenfalls eine Auflockerung der Kreditmärkte angebahnt. Auf der Güterseite der Wirtschaft hält der Schrumpfungprozeß allerdings noch an. In Österreich geht die Produktion noch weiter, wenn auch verlangsamt, zurück. In Frankreich sind ernsthafte Rückschläge durch die Kreditkrise eingetreten. Seitens der französischen Regierung werden aber aussichtsreiche Anstrengungen gemacht, um dem Konjunkturrückgang Einhalt zu gebieten. Die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten sind zur Zeit noch vollständig unübersichtlich. Japan und Rußland nehmen in der Industriekonjunktur der Welt eine Sonderstellung ein. Namentlich Japan befindet sich in einer günstigen Konjunktur infolge des Valutadumpings und der Lieferungen für das japanische Heer.

Im ganzen gesehen bietet die Weltwirtschaft zur Zeit ein wenig günstiges Bild. Nirgends sind erfolgreiche Anstrengungen zu sehen, der Krise Herr zu werden. Der Welthandel ist durch die zollpolitischen Maßnahmen, Währungsverschlechterungen, Devisenbeschränkungen usw., zu einem erheblichen Teil lahmgelegt. Es bestehen wenig Hoffnungen, daß die Arbeitslosigkeit der Welt in nächster Zeit wesentlich geringer wird.

Die Eisenindustrie und das internationale Eisenkartell

Die Steigerung der Aktienkurse der Unternehmen in der Schwerindustrie war überwiegend den Aussichten auf Bestellungen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung zuzuschreiben. Auch nur eine geringe Steigerung der Ausnutzung der Produktionsanlagen konnte in der Hüttenindustrie den Ertrag sehr günstig beeinflussen, da bei den gewaltigen fixen Kosten der schwerindustriellen Anlagen eine jede Steigerung des Ausnutzungsgrades die Selbstkosten stark sinken ließe. Indessen trugen auch die Erwartungen für die Erneuerung der internationalen Rohstahlgemeinschaft, über die die Verhandlungen im Gange sind, zur Verbesserung der Stimmung auf dem Markt für Montanaktien bei.

Die Rohstahlgemeinschaft, der neben der deutschen die französische und belgisch-luxemburgische Hüttenindustrie angeschlossen war (und zeitweilig auch die Gruppe der mittel- und osteuropäischen Eisenproduzenten), liegt zur Zeit danieder. Für die deutsche Schwerindustrie war sie, solange sie bestand, nicht vorteilhaft, und zwar aus eigener Schuld. Der Idee nach verfolgt das internationale Kartell den Zweck, den scharfen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt, bei dem das eine Land das andere unanfechtbar unterbietet, zu beschränken, der Schleuderausfuhr Einhalt zu gebieten. Die Rohstahlgemeinschaft bewirkte das Gegenteil davon: durch sie wurde der internationale Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt nicht milder, er wurde dank ihr vielschärfer. Das kam in erster Linie davon, daß bei Gründung dieses internationalen Kartells die deutsche Schwerindustrie es allein darauf abgesehen hatte, ihre Monopolherrschaft im Inland auszubauen und zu befestigen. Das erforderte aber die Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz. Da dies mit Zöllen allein aus handelspolitischen Gründen nicht ging, opferte die deutsche Schwerindustrie ihre Interessen auf dem Weltmarkt, um dafür die unbedingte Monopolherrschaft im Inlande einzutauschen. Sie begründete sich mit einer im Vergleich zu ihrer Leistungsfähigkeit sehr geringfügigen Quote an der Rohstahlgemeinschaft zugunsten Frankreichs, das dementsprechend eine überhöhte Quote erhielt. Bei Überschreitung der Quote, die während der Konjunktur in Deutschland dauernd erfolgte, mußte die deutsche Schwerindustrie hohe Strafzahlungen in die Kartellkasse abführen, die fast ausschließlich der französischen Eisenindustrie zugute kamen. Diese Strafzahlungen ermöglichten es der französischen Schwerindustrie, den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu verschärfen, indem sie die Zuwendungen aus der Ausgleichskasse benutzen konnte, die Preise auf dem Weltmarkt zu unterbieten. Die deutsche Schwerindustrie konnte die zum Teil sich daraus ergebenden Ausfuhrverluste durch Überhöhung der inländischen Preise einholen.

Die deutschen Eisenverbraucher, von deren Belieferung die Mitglieder des internationalen Kartells auf Grund des sogenannten „Gebietschutzes“ Abstand nehmen — Frankreich und Luxemburg lieferten bestimmte Mengen, jedoch nicht an die Verbraucher, sondern unmittelbar an die deutschen Kartelle —, mußten daher die Kosten des internationalen Kartells tragen. Gewaltige Summen flossen durch die Beherrschung des Inlandsmarktes der Schwerindustrie zu, was mit ein Grund für die ungeliebten Fehlinvestitionen der Eisenindustrie gewesen war. Erst als die Wirtschaftskrise den inländischen Absatz einschrumpfen ließ und die Bedeutung der Ausfuhr erhöhte, wurde der deutschen Schwerindustrie das Opfer, das sie auf dem Weltmarkt trug und das auf die deutschen Verbraucher nicht mehr so wie zuvor abgewälzt werden konnte, unangenehm.

Seitdem strebt sie eine Neuordnung des internationalen Kartells an, das nicht nur eine Erhöhung der niedrigen deutschen Quote bei der Festsetzung der Rohstahlzuzugung zum Ziele hat, sondern darüber hinaus auch die Beendigung des internationalen Preiskampfes und die Regelung des Absatzes auf dem Weltmarkt. Diese letzteren Ziele können aber nur erreicht werden, wenn im Rahmen der Rohstahlgemeinschaft Einzelverbände für bestimmte Eisen- und Walzwerkserzeugnisse (Halbzug, Stabeisen,

Knüppel, Bleche, Draht, Schienen) entstehen, die dann die Preise festsetzen und den Absatz auf dem Weltmarkt aufteilen. Um diese beiden Fragen — Erhöhung der Quoten und Gründung von Einzelverbänden — gehen zur Zeit die Verhandlungen, über deren Verlauf wir nichts Bestimmtes voraussagen können, zumal sich die belgische Hüttenindustrie den deutschen Forderungen gegenüber noch ziemlich ablehnend verhält.

Die Sünden der Vergangenheit lassen sich schwer gutmachen, und so hat jetzt die deutsche Schwerindustrie daran zu tragen, daß sie seinerzeit zur Befestigung ihrer inländischen Monopolherrschaft auf Kosten der deutschen Verbraucher Zugeständnisse machte, die sich bei der Neugründung des Kartells rächen müssen.

Fehlerhafte Werbemethoden

Auf einer Zusammenkunft der weltwirtschaftlichen Gesellschaft behandelten eine Reihe hervorragender Werbefachleute das Reklamewesen. Werbung ist heute nicht nur ein Grundelement unserer Wirtschaft, sondern spielt auch in unseren Ausgaben eine beachtliche Rolle, da wir etwa 1/3 vH des Volkseinkommens für Werbung ausgeben. Es soll hier jedoch eine andere Feststellung in den Vordergrund gerückt werden, die eng mit dem Wesen der kapitalistischen Marktwirtschaft zusammenhängt.

Nach den Ausführungen des Hauptredners verschärft nämlich die Reklame die Konjunkturschwankungen und damit die Wirtschaftskrisen, da der Unternehmer seine Reklame zum überwiegenden Teil in die Hochkonjunktur legt, weil er sich da den größten Erfolg verspricht. In Depressionszeiten schränkt er sie dagegen stark ein. So hat beispielsweise gegenwärtig er sie Anzeigen bedeckte Raum in den großen Tageszeitungen um ungefähr ein Viertel gegen 1929 abgenommen. Während also in der Zeit des Aufstiegs die Werbung die schon an sich überhöhten Aufstiegtendenzen noch übersteigert, so daß mancherlei geschieht, was aus konjunkturpolitischen Gründen besser unterblieben wäre, bedeutet das Nachlassen der Reklame in der Zeit des Niedergangs eine Verstärkung der Krisenursachen. So geht der Papierabsatz und damit die Konjunktur der Papierindustrie zurück. Ebenso die Einnahmen des Zeitungs- und des Verlagswesens, und der Beschäftigungsgrad des graphischen Gewerbes. Für eine sinnvolle Lenkung wäre daher gerade die umgekehrte Haltung, die heute der Unternehmer zur Werbung einnimmt, richtig: Verstärkte Werbung in der toten Zeit, nachlassende Werbung in der Wirtschaftsblüte.

Das Problem der Schwarzarbeit

Eine Eingabe des Bundes der Innungen und fachgewerblichen Vereine in Hamburg an den dortigen Senat wurde vom Arbeiterrat Groß-Hamburg u. a. wie folgt beantwortet:

Auch die wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeiter bekämpfen aufrichtig die Schwarzarbeit, da sie die reguläre Einstellung von Arbeitskräften beeinträchtigt und somit zum Schaden der Arbeiter die Arbeitslosigkeit fördert. Es hieße aber den freien Blick gegen die zwingenden Tatsachen verschließen, wollte man geflissentlich übersehen, daß der selbst mehr als je notleidende Konsument, soweit er als Käufer und Auftraggeber noch in Frage kommt, einfach gezwungen ist, seine noch vorhandene Kaufkraft möglichst wirtschaftlich zu verwalten, und daß diesem notwendigen Bestreben das mühsam aufrechterhaltene Preisniveau des Handwerks nicht entgegenkommt. Beim Gewerbe selbst viel mehr als bei der sogenannten Schwarzarbeit oder einer angeblichen Verbesserungsbedürftigkeit der Gewerbeordnung liegt somit eine der Hauptursachen für die schwierige Lage des Handwerks.



Verbandsleben



Um die Arbeitsgemeinschaft

Wir haben hier schon vor ein paar Wochen (Nr. 10) unsere Ansicht zur künftigen Stellung der Gewerkschaften kurz dargelegt. Die Sache wird weiter eifrig auf allen Seiten erörtert. Zur Unterrichtung unserer Leser geben wir, ohne uns dazu irgendwie zu äußern, einige Stimmen aus verschiedenen Lagern wieder.

Der Freie Angestellte, das Blatt des Zentralverbandes der Angestellten, schreibt zu den Äußerungen des Herrn v. Siemens über die Wiederherstellung der Arbeitsgemeinschaft folgendes:

„In letzter Zeit mehrten sich die Stimmen aus Unternehmerkreisen, die die Entwicklung der Wirtschafts- und besonders der Handelspolitik der jüngsten Zeit mit großer Sorge verfolgen. Es sind nicht etwa die Spekulanten- und Händlernaturen, sondern gerade die Menschen, die mit der deutschen Wirtschaft verwurzelt sind; Menschen, die es verstanden haben, den Standard ihrer Unternehmungen auch in der Krise hochzuhalten. Besonderes und berechtigtes Aufsehen erregte die Rede des Herrn v. Siemens, des Aufsichtsratsvorsitzenden der Siemens- & Halske AG, auf der Generalversammlung dieses Unternehmens. Siemens & Halske ist nicht irgendein Unternehmen, sondern das Standardunternehmen der deutschen Elektroindustrie schlechthin, dessen Name Weltgeltung besitzt. Auch Karl Friedrich v. Siemens ist keiner der üblichen Erben eines großen Namens, sondern ein Mensch, der es verstanden hat, das ihm vererbte Unternehmen in wirtschaftlich vorbildlicher Weise weiterzuführen und auszubauen.“

Er räumte endgültig auf mit der Anschauung, die von manchen Volkskreisen irrigerweise, aber mit desto lauterer Stimme, vertreten wird, daß das Ausland die deutschen Waren nicht entbehren könne. „Ich warne vor der Überhebung, daß die Welt in irgendeinem größeren Maße auf die deutsche Produktion angewiesen ist. — Für die zum Beweis u. a. angeführte Elektrotechnik muß ich leider sagen, daß die Welt auch ohne deutsche Produkte auskommen kann.“

In ähnlichem Sinne äußerte sich der Vorsitzende des Vorstandes der Augsburger Kammgarnspinnerei AG, Geheimrat Wiedemann. Wir haben den Worten dieser zwei Unternehmer, soweit sie die Handelspolitik betreffen, nichts hinzuzufügen. Herr v. Siemens und Herr Geheimrat Wiedemann sind keine Einzelgänger, sondern vertreten den Teil der deutschen Industrie, der in der Krise noch nicht völlig den Kopf verloren hat. Das gleiche gilt von den Ausführungen des Herrn v. Siemens, die sich an die Arbeiterschaft wenden. Er betonte die Fehler, die sowohl von Unternehmern wie von Gewerkschaften gemacht worden seien. Er forderte, daß „Arbeitgeber und Arbeitnehmer daher auch versuchen sollten, durch gemeinsame Anstrengungen die Wirtschaft und sich selbst vor weiteren Schäden zu bewahren.“

Wenn er in diesem Zusammenhang, so fährt der Freie Angestellte fort, den Gedanken der Erneuerung der nach dem Kriege gebildeten Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in die Debatte warf, so wird er die deutschen Arbeiter und Angestellten in dem Kampf um die Erhaltung der deutschen Wirtschaft wie immer natürlich auch jetzt bereit finden, mit den Unternehmern zur Verteidigung und Vertretung der beide betreffenden Angelegenheiten und Interessen zusammenzuarbeiten.“

Die christlichen Gewerkschaften erklären ...

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften war am 8. März beisammen. Er faßte folgende Entscheidung:

„... Der Vorstand des Gesamtverbandes spricht die Erwartung aus, daß nunmehr, nachdem die Wahlen getätigt sind, alle maßgebenden Stellen sich mit ganzer Kraft mit der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit befassen.“

Vom Gelingen oder Mißlingen dieses Kampfes hängt nicht nur das Schicksal von Millionen deutscher Mitbürger, sondern des Staates und der Kultur ab. In diesem Bewußtsein setzen die christlich-nationalen Gewerkschaften ihre eigene Kraft für diesen Kampf nach wie vor restlos ein. Der Sieg kann aber nur errungen werden, wenn alle zur Mitwirkung geeigneten Kräfte im Volke mobilisiert und angespannt werden, so daß ein allseitig vertrauensvolles Zusammenarbeiten die Aufgabe erleichtert und ihr einen höheren Sinn verleiht.

Die christlich-nationalen Gewerkschaften sind der Ansicht, daß es gelingen muß, jene Ordnung zu verwirklichen, nach der sie seit ihrer Begründung streben, nämlich eine organische, vom Willen zur Selbstverantwortung getragene berufsständische Sozialordnung. Jeder aufrechte Deutsche soll darin Schutz und Freiheit, Achtung und Möglichkeit zur sinnvollen Gestaltung seines Lebens finden können.

Deutsch muß dieser Aufbau sein, und deshalb muß er genossenschaftlichen Charakter im besten Sinne des Wortes tragen. Er muß das freie Werk freier Männer sein. In der Freiheit sehen wir ein hohes Gut. Soll in Freiheit geschaffte werden können, so muß eine starke, objektive Staatsgewalt die freiheitliche Rechtsordnung gewährleisten, die dem einzelnen die Entfaltung seiner Persönlichkeit und den vom Volke her gebildeten und zu bildenden berufsständischen Organisationen kraftvolles Gedeihen sichert ...“

Ergebnisse von Betriebsrätewahlen

In der letzten Woche haben wiederum viele Betriebsrätewahlen stattgefunden. Den schon mitgeteilten Ergebnissen fügen wir heute eine Anzahl neue bei. Um die Liste nicht zu lang werden zu lassen, sehen wir von der Wiedergabe der Ergebnisse ab, wo nur eine freigewerkschaftliche Kandidatenliste eingereicht wurde, das ist, wo die ganze oder überwältigende Mehrzahl der Belegschaft sich aus freien Gewerkschaftern zusammensetzt.

- Berlin, Firma Ehrlich & Graetz: Freie Gewerk. 9, Nat. 3 Mandate.
- Bitterfeld, Elektrowerke AG, Grube Golpa: Freie Gewerk. 5, Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) 2, Nat. 2
- Nordenham, Friedrich-August-Hütte, Freie Gewerk. 5, Nat. 2
- Friedrichshafen, Flugzeugfabrik Dornier usw.: Freie Gewerk. 5, Nat. 3
- Halle, Röhrenwerke: Freie Gewerk. 76 Stimmen, RGO 48
- Hamburg, Elektrizitätswerke: Freie Gewerk. 10, Nat. 1
- Harburg, Gummifabrik Phoenix AG: Freie Gewerk. 13, Nat. 1
- Hildesheim, Senking-Werk AG: Freie Gewerk. 7, Christen 3
- Karlsruhe, Firma Heide & Neu: Metallarbeiter-Verbd. (DMV) 6 Mandate; Berka: DMV 5, RGO 1, Nat. 1; Junker & Ruh: DMV 5, RGO 1, Nat. 1; Gritzner-Kayser: Freie Gewerk. 6, RGO 1; Ritter: Freie Gew. 4, RGO 1, Nat. 1; Lorenz: Freie Gewerk. 4, RGO 1, Nat. 1; Christen 2;

Berga: DMV 2, Nat. 2; Mayer-Grammelsp: Freie Gewerk. 5; Daimler-Benz: DMV 8, Christen 1, Nat. 2.

Neuruppin, Minimax AG: Freie Gew. 3, Nat. 2. Nürnberg, Trumpfwerke AG: Freie Gew. 8, RGO 1; Ardie-Werke AG: Freie Gewerk. 3, RGO 3.

Plesteritz, Gummiwerke Elbe: Freie Gewerk. 9, Nat. 2. Reinsdorf: West. Anh. Sprengstoffwerke: Freie Gewerk. 9, RGO 2, Nat. 2.

Salzungen, Jung & Dittmar AG: Freie Gewerk. 6, Nat. 2. Schweningen, Johann Jäckle: Freie Gewerk. 6, Nat. 1.

Vegesack, Vulkan: Freie Gewerk. 6, Nat. 1, RGO 2. Wismar, Eisenbahn-Verkehrsmittel AG: Freie Gewerk. 6, Hirsche 2, Nat. 1.

Wittenberg, Stickstoffwerke Plesteritz: Freie Gewerk. 8, RGO 3, Nat. 2.

Leunawerk

Beachtenswert ist in mehr als einer Hinsicht das Ergebnis der Betriebsratswahl im Leunawerk, das früher eine kommunistische Hochburg war. Für den Arbeiterrat wurden an Stimmen abgegeben: Freie Gewerkschaften 2981 = 10 (1931: 9) Sitze = 39,4 vH, Kommunisten 884 = 2 (10) Sitze = 11,65 vH, Christliche Gewerkschaften 285 = 0 (1) Sitze = 3,7 vH, Stahlhelm 1043 = 3 (1) Sitze = 13,76 vH, Nationalsozialisten 2094 = 7 (3) Sitze = 27,1 vH. Im Angestelltenrat erhielten Freie Gewerkschaften 4 (7) Sitze, Gewerkschaftsbund der Angestellten 0 (2) Sitze, Christlich-Nationale 2 (5) Sitze, Nationalsozialisten 6 (0) Sitze.

Alexander Schlicke 70 Jahre

Am 26. März ist der frühere langjährige Vorsitzende unseres Verbandes, Alexander Schlicke, 70 Jahre alt geworden. Dem jüngeren Verbandsgeschlecht mag es nicht so wie dem älteren gegenwärtig sein, welch bedeutsame Rolle Schlicke in unserer Organisation gespielt hat. Auf unserem Verbandstag in Stuttgart im Jahre 1919 trat er von der Leitung zurück, und er hat dann nur gelegentlich einmal in diesen Spalten zur Gesamtheit unserer Mitgliedschaft gesprochen. Daß er jedoch ununterbrochen mit Herz und Seele bei dem Verbandsrat, ist selbstverständlich. Denn wenn einer seine besten Lebensjahre einer Organisation gewidmet hat, und das von der Zeit an, wo sie mit allen Kinderkrankheiten behaftet war, der nimmt sie sozusagen an den Stiefelsohlen sein Lebtag mit herum.

Auf dem Gründungskongreß des Verbandes (1891) wurde Schlicke als sein Sekretär erkoren. Ein paar Jahre später übernahm er an Stelle von August Junge den Posten des Vorsitzenden. Die junge Organisation mußte sich erst Leben, Geist und Gangart geben, mußte sich innerlich wie äußerlich formen für ihre Aufgaben, und diese wuchsen fortgesetzt. Hierbei hat Alexander Schlicke, wie man ruhig zugestehen kann, den wichtigsten Anteil gehabt. Und es ist ihm in hohem Maße die prachvolle Entfaltung des Verbandes und seiner Erfolge, was ja nichts anderes heißt, als die Verbesserung der Lage der Metallarbeiter, zu verdanken.

Nach dem Kriege, auf dem Verbandstag in Stuttgart, kam der Meinungsstreit, der in den vorausgehenden Jahren geboren, zum offenen Ausdruck. Alexander Schlicke, der Reichsarbeitsminister geworden war, glaubte dem Verbandsrat am besten durch seinen Rücktritt von der Leitung dienen zu können. Als er im Reichsarbeitsministerium abgelöst wurde, wurde ihm die Berliner Stelle des Internationalen Arbeitsamtes übertragen. Als er die für dieses Amt festgesetzte Altersgrenze erreicht hatte, wirkte er als Reichstagsabgeordneter weiter. Seit er das Mandat nicht mehr ausübt, pflegt er, der Betagte, der wohlverdienten Ruhe, soweit man von Ruhe bei einem Nimmermüden reden kann.

Es versteht sich von selbst, daß Alexander Schlicke, der mit an der Wiege der modernen deutschen Gewerkschaftsbewegung stand, ihre größte Organisation jahrzehntelang geleitet hat und mit allen Herzensfasern mit der Arbeiterbewegung verbunden ist, daß dieser Mann die wild bewegte Gegenwart innigst und gespannt verfolgt, zumal es da ja auch um das gewerkschaftliche Riesenkind geht, das er einst zu Frankfurt mit aus der Taufe hob und es auf seinem Lebensweg lange betreute. Welche Gedanken und Gefühle unsern alten Kameraden an seinem Siebzigsten bewegen, können wir uns leicht vorstellen. Wir selbst, die wir mit ihm zusammen gewirkt und ihn zu schätzen gelernt haben, wir wollen über jene Gedanken und Gefühle hinweg der verdienstvollen Arbeit Alexander Schlickes voll anerkennend gedenken und ihm unsere herzlichsten Glückwünsche darbringen. Sein Andenken lebt fort in der Erinnerung der alten Mitgliedschaft und in der Geschichte unseres Verbandes.

Gegen Kontrolle durch NSDAP-Betriebszellenleiter

Unter dieser Überschrift wird dem „Deutschen“ am 16. März gemeldet:

„Der Freigewerkschaftliche Bergbau-Industrie-arbeiterverband, dessen Zentrale und dessen Ruhrbezirksleitung in der Nacht zum Sonnabend voriger Woche außer dem Bochumer Gewerkschaftshaus von SA besetzt wurde, hat der Aufforderung der Bochumer SA-Führung, am Donnerstag morgen die Arbeit in seinen Räumen unter der Kontrolle des Gaubetriebszellenleiters wieder aufzunehmen, keine Folge geleistet. Auch die übrigen Gewerkschaften, deren Büros besetzt sind, haben die Arbeit nicht aufgenommen. Eine Erklärung für ihre Haltung liegt von seiten der Gewerkschaften noch nicht vor.“

Aber es ist klar, daß die freien Gewerkschaften nicht gewillt sind, ihre Arbeit einer Kontrolle zu unterwerfen. Der von der Bochumer SA-Führung bestellte Überwachungskommissar soll die ganze Arbeit der Gewerkschaften überwachen; da von sämtlichen Angestellten ausschließlich sozialpolitische Arbeit geleistet wird. Außerdem sind die Gewerkschaftsgebäude bis auf weiteres mit einer SA-Wache besetzt.“

Besetzte Gewerkschaftshäuser

Von den annähernd vier Dutzend besetzten Gewerkschaftshäusern ist wieder eine Anzahl freigegeben worden. In München hat das Ministerium des Innern verfügt, daß der geregelte Geschäftsverkehr der Gewerkschaften wieder aufgenommen ist, daß aber keine Versuche gemacht werden dürfen, mit verbottene politischen Organisationen oder mit deren Führern in Verbindung zu treten. Den Gewerkschaften wird jede parteipolitische Betätigung verboten. Sie dürfen von örtlichen Beauftragten der NSBO im Einvernehmen mit der Ortspolizeibehörde und in Begleitung eines Polizeibeamten jederzeit kontrolliert werden. Gewerkschaftsversammlungen sind in Bayern 48 Stunden vorher anzumelden und werden polizeilich überwacht.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 2. April, ist der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. April 1933 fällig.

Vorstand und Erweiterter Beirat haben beschlossen, bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte der statutarischen Sätze aus § 3 Abs 4 zu ermäßigen. Das Beitrittsgeld beträgt danach für männliche über 18 Jahre alte Personen . . . 50 Pf. für weibliche über 18 Jahre alte Personen . . . 25 Pf. für Jugendliche beiderlei Geschlechts sowie für Lehrlinge 15 Pf.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Vorwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben. Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitz

Jubilärfest in Osterholz-Scharmbeck

Am 18. März veranstaltete die Verwaltungsstelle Osterholz-Scharmbeck eine Jubilärfest. Der Bevollmächtigte, Kollege Arfmann, hieß die Jubilare und deren Frauen herzlich willkommen. Redner wies darauf hin, daß mit den 19 Jubilaren, zu deren Ehren die heutige Veranstaltung stattfindet, unsere Verwaltungsstelle insgesamt 41 Mitglieder zählt, die 25 Jahre und länger dem Verbandsrat angehören, das sind 20 vH der Mitgliedschaft. Ein von dem Schüler Herrn Schröder gesprochener Prolog fand reichen Beifall. Der Kollege Frese, Bremen, überbrachte die Grüße des Vorstandes und der Bezirksleitung. Sodann zog er einen Vergleich zwischen den geschichtlichen Vorgängen des Jahres 1848 und den heutigen, und er ermahnte vor allem die Jugend, den Jubilaren nachzueifern. Jeder Jubilar erhielt eine Ehrenurkunde und ein kleines Zehrgeld. Unter Mitwirkung aller Arbeitersportvereine am Orte nahm die Feier einen würdigen Verlauf.

Steigt das Arbeitseinkommen?

Das Institut für Konjunkturforschung glaubt, daß das deutsche Arbeitseinkommen den Rückgang beendet habe und es tendenziell zum erstenmal seit 1929 im geringen Maße zu steigen beginne. Im Jahre 1932 betrug das Arbeitseinkommen 25,7 Milliarden Mark. Gegenüber dem Höhepunkt im Jahr 1929 mit 44,5 Milliarden ist ein Rückgang von rund 42 vH zu verzeichnen. Dieser Rückgang wurde bestimmt durch steigende Arbeitslosigkeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Senkung der Löhne und Gehälter. Das Arbeitseinkommen im Jahre 1932 war geringer als im Krisenjahr 1926, wo es 33 Milliarden betrug.

Das durchschnittliche Bruttoeinkommen des beschäftigten Industriearbeiters je Woche ist von 37 M im 4. Vierteljahr 1929 auf 26 M im 4. Vierteljahr 1932, also um rund drei Zehntel gesunken. Das Bruttoeinkommen des Angestellten sank im Durchschnitt von 242 auf 186 M. Wesentlich mehr ist das Nettoeinkommen der beschäftigten Arbeiter und Angestellten gesunken. Beim verheirateten Arbeiter ist ein Rückgang um 34 vH und beim verheirateten Angestellten um 26 vH festzustellen.

Das Arbeitseinkommen insgesamt wird infolge der saisonmäßigen Verminderung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten steigen. Ob auch eine Steigerung der tatsächlichen Verdienste eintreten wird, steht bei den derzeitigen Zuständen in Deutschland noch nicht fest. Vermögen die Gewerkschaften ihre Kraft zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft einzusetzen, dann geht mit der Besserung der Wirtschaftslage auch eine Steigerung des Arbeitslohnes einher. Doch vermag man in dieser Beziehung die Entwicklung der Dinge natürlich nicht vorauszu sehen.

Hermann Reinirkens †

Unser Essener Bezirkssekretär Hermann Reinirkens ist einer tödlichen Krankheit erlegen. Er war in jungen Jahren von Aachen in das Industriegebiet gekommen, wo er bei Krupp Beschäftigung fand. Hier war er lange tätig, und hier erkannte er die Notwendigkeit des Zusammenchlusses der Arbeiter. Seiner Erkenntnis folgend, hat er in der Gewerkschaft fleißig gewirkt. Er wurde bald Funktionär unseres Verbandes. Als 1917 das Hilfsdienstgesetz erlassen wurde, wählte die Kruppische Belegschaft den Kollegen Reinirkens zum Vorsitzenden des Arbeitersausschusses. Dieses Amt wurde ihm auch nach Einführung des Betriebsrätegesetzes übertragen. 1918 berief ihn eine Volksversammlung in den Arbeiter- und Soldatenrat. Dort hat er unerschrocken, oft unter Einsetzung seines Lebens, für Ordnung und Vernunft gewirkt. Auf dem ersten Betriebsrätekonferenz wurde ihm mit einigen anderen Gewerkschaftern das Amt eines Vorsitzenden übertragen. Damals schon war Hermann Reinirkens über seinen Wirkungskreis hinaus bekannt. Im April 1922 berief ihn das Vertrauen seiner Kollegen in die Bezirksleitung des Verbandes in Essen als Bezirkssekretär. Fast zehn Jahre war es uns vergönnt, mit ihm in engster Gemeinschaft zu wirken. Er war uns allen ein treuer Kamerad und Weggenosse. Nicht nur Pflichtgefühl und Treue zeichneten ihn aus; er war auch ein guter, lieber Gesellschafter, sein rheinischer Humor war unverwundlich.

Hermann Reinirkens ging, kaum 57jährig, in schicksalsharer Stunde von uns. Wir ehren sein Andenken, indem wir unser gemeinsames Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse, weiter verfechten.

DIE METALLARBEITER-ZEITUNG

gründlich lesen, dann weitergeben
an Unorganisierte und Gleichgültige
Werbt mit Eurer Zeitung für Eure Sache

Der Leuchtturmwächter

Seit drei Tagen war ich wieder in dem stillen Nordseedorf und hatte noch keine Zeit gefunden, meinen alten Freund Harm Visser aufzusuchen. Weit draußen in der tosenden Brandung wohnte er schon mehr als dreißig Jahre in seinem geliebten Leuchtturm. Ich hatte den alten Harm schon seit drei Jahren nicht mehr gesehen. Heute wollte ich mich nun nach dem Leuchtturm hinüberdrehen lassen.

Am Strande fand ich bald einen Fischer, der mich nach dem „Füertorn“, wie die Ostfriesen sagen, übersetzen wollte. Nach einstündiger schweigsamer Bootsfahrt waren wir am Ziele. Die Tür am Fuße des Turmes war offen. Ich bat den Fischer, mich bei eintretender Dämmerung wieder abzuholen, und trat in das dunkle Gewölbe ein. Bald hatte ich die vertraute Wendeltreppe ersteigen und stand aufatmend im Stübchen des Wächters.

Harm Visser saß auf der Ofenbank und „knüttete“ an einer Fischerkurre. Er blickte nur kurz auf, als ich eintrat, und ließ sich in seiner Arbeit nicht stören. Als ich mich nach kurzem Gruß ihm gegenüber an den schweren Eichtenschisch setzte, begrüßte mich Harm, als ob er eben auf mich gewartet hätte: „Na, Jung, bist wer dor? Wat gifft nees in't Dörp?“ — „Nicht viel Neues, Harm“, entgegnete ich und reichte ihm eine Flasche Rum über den Tisch. „Wenn du Zeit hast, brau uns einen Grog!“ — „Dat kann ick dohn“, war die Antwort. Harm legte sein Netz auf die Bank und machte sich am Spirituskocher zu schaffen.

Ich hatte während dieser Zeit Muße, erneut all die unzähligen Dinge zu bewundern, die ich doch schon zur Genüge kannte und die immer wieder mein Interesse erregten. Da war der vollgetakelte Viermastsegler in der Flasche, ein kleines Kunstwerk, von Harm selbst in langen Passattagen angefertigt. Da waren der ausgestopfte Albatros und die indianische Pfeife, die Harm aus Feuerland mitgebracht hatte, der bunte Fächer aus China, der Kris aus dem malaisischen Archipel, der Bumerang aus Australien — lauter Dinge, die Harm von seiner großen Fahrt heimgebracht hatte und die nun seinem Stübchen ein eigenes Gepräge gaben.

„So, Jung, de Grog is klar!“
Die dampfenden Gläser standen auf dem Tische, und das eigenartige Aroma des Grog erfüllte den Raum. Schweigend tranken wir das heiße Gebräu, und jeder von uns hing seinen Gedanken nach. Ich betrachtete meinen alten Freund genauer und entdeckte, daß sein sonst so schön grau meliertes Haar schneeweiß geworden war. „Harm“, sagte ich, „du bist ja ordentlich weiß geworden in der Zeit, seitdem ich nicht mehr bei dir war. Wie ist denn das gekommen?“

„Tscha, min Jung“, war die Antwort, „dat mit die witten Hoor is'n böse Geschicht. Ick schnack dor sonst nich gern öwer, aberst dir will ick dat woll verklören. Hör to!“

Dann erzählte mir Harm Visser, der alte Leuchtturmwächter, von den schrecklichsten Tagen seines Lebens, in denen ihm die Haare weiß geworden waren: „Das war vor zwei Jahren, als die Herbststürme den weißen Gischt hoch an den Turm spritzten und die Zeitungen jeden Tag den Verlust eines Schiffes oder schwere Havarie an Bord meldeten. Ich wartete schon seit Tagen auf das Proviantboot aus dem Dorfe, denn zwoeine Vorräte waren zu Ende gegangen. An einem Nachmittage hatte ich die rote Flagge gehißt. Das war das verabredete Zeichen für die Bootsleute. Aber den ganzen Tag kam kein Boot in Sicht. Am Abend steckte ich wie gewöhnlich das Feuer an und suchte mir in der Stube aus den wenigen Resten, die ich noch fand, eine Mahlzeit zu bereiten.“

Allzuviel war es nicht mehr, aber ich verträstete mich auf den kommenden Tag. Das Boot mußte ja kommen, denn die Zeit war schon längst um. In der Nacht wuchs der Sturm fast zum Orkan an, und der Wind heulte um den Turm wie eine Meute wilder Wölfe. Der „blanke Hans“ war wieder einmal in seinem Element. Die ganze Nacht über blieb ich wach und rauchte eine Pfeife Tabak nach der anderen. Am nächsten Morgen blies der Südwest noch immer mit gleicher Kraft. Haus- hohe Wagen brachen sich an Turm. Ich reinigte die Lampen und richtete alles wie sonst für die kommende Nacht her. Fast jede Viertelstunde trat ich auf die Plattform hinaus und hielt Ausschau nach dem Proviantboot, obgleich ich ganz genau wußte, daß durch diese Brandung kein Boot steuern konnte. Den ganzen Tag hatte ich nichts zu essen gehabt und der Tabak war auch zur Neige gegangen. Das war das Schlimmste.

Auch diese Nacht und der acue Tag gingen vorüber, aber das Boot blieb aus. Wie ein Wahnsinniger irrte ich im Turme umher und wurde von Stunde zu Stunde schwächer. Die tollsten Gedanken schossen mir durch den schmerzenden Kopf. Wie, wenn die im Dorfe dich vergessen hätten? Aber das kann ja nicht sein. Die Leute können doch nicht durch die Brandung kommen. Wer steckt denn nun das Feuer an, wenn ich nicht mehr kann? Jedes Schiff gerät auf den Strand, wenn das Feuer nicht brennt. Harm, Harm, halt aus, bis Hilfe kommt! So sagte ich mir zuletzt und blieb immer in der Glaskuppel, denn ich hatte Angst vor mir selbst, weil ich befürchtete, unten umzufallen. Noch eine lange Nacht und ein Tag vergingen, ohne daß das Boot kam. Gegen Abend steckte ich wieder die Lampen an und schaltete die Drehscheibe ein. Ungefähr zwei Stunden blieb ich in der Kuppel. Dann ging ich hinunter in die Stube. Als ich aber die Tür öffnete, wurde mir alles schwarz vor Augen, und ich fiel um.

Als ich wieder erwachte, lag ich hier in der Kojte. Mein rechter Arm lag in einem festen Verband. Dort am Tisch saß Lühbo Raß und machte Eintragungen in das Logbuch. Er hat mir erzählt, daß die Bootsleute im letzten Augenblick durch die Brandung gekommen seien und mich mit gebrochenem Arm und schneeweißem Haar gefunden hätten. Im Dorfe hatte man jeden Abend mit banger Sorge nach dem Turme gesehen und hatte erleichtert aufgestöhnt, wenn das Feuer angezündet war. Es war nicht eher möglich gewesen, durch die Brandung zu kommen.
„So, min Jung, nu weest du, wo ick bi de griesen Hoor kamma bin“, schloß der tapere Harm Visser. Heinz Jacobs.

Die Schuldfrage bei Ehescheidungen

Das Statistische Landesamt der Stadt Hamburg hat über die Ehescheidungen dortselbst einen Beitrag veröffentlicht. Die Ehescheidungen überhaupt haben sich in den Jahren von 1926 bis 1930 im Jahresdurchschnitt gegenüber 1912/14 verdoppelt. Unter den Scheidungsgründen haben sich die Fälle wegen schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten etwa verdreifacht. Die Scheidungen wegen Ehebruchs haben der Zahl nach zugenommen, jedoch machten sie in den Jahren 1921/24 54 vH und in den Jahren 1928 bis 1930 durchschnittlich 44 vH aus. Die Zahl der Scheidungen ist gestiegen, bei denen beide Parteien für schuldig erklärt werden. Die Scheidungen mit einseitiger Schuld haben sich in der Weise geltend gemacht, daß (von 1912/14 auf 1924/30) der Anteil der Scheidungen mit alleiniger Schuld der Frau von 25 auf 18 vH und der Anteil der Frau mit alleiniger Schuld des Mannes von 55 auf 54 zurückgegangen ist.

Betrachtet man die Schuldigen schlechthin, ohne Unterscheidung nach Alleinschuld oder Mitschuld, dann ergibt sich, daß im Durchschnitt der Jahre 1912 bis 1930 unter je 100 für schuldig erklärten Personen etwa 60 Männer und 40 Frauen waren. Der Anteil der Alleinschuld der Frau, der während des Krieges besonders hoch war, ist seit dem Jahre 1921 niedriger als vor dem Krieg. Die Fälle mit beiderseitiger Schuld sind gegenüber der Vorkriegszeit von 28 auf 32 vH gestiegen. In den Jahren 1924 bis 1930 waren durchschnittlich 63 vH auf die Klage der Frau und 37 vH der Fälle auf die Klage des Mannes entfallen.

Leben und Tod

Der Tod entwickelt sich aus dem Leben

Wer sich bemüht, all das, was „lebt“, ins Blickfeld zu fassen und den sich dabei offenbaren Geheimnissen nachzuspüren, der wird sich wohl der Einsicht nicht verschließen können, daß vor diesem tiefen Hintergrund das kleinliche Treiben des Alltags mit seinen tausend Mühen, Kämpfen und Enttäuschungen zurückweichen muß gegenüber dem erhabenen Gefühle der Zusammengehörigkeit aller Lebewesen, der Einheit des Lebens. Die Achtung vor jedwem Leben, in erster Linie vor dem unsrer Mitmenschen, müßte dann ebenso groß sein als die peinliche Sorgfalt, mit der wir unser persönliches Ich umhüllen, um das schließlich doch unvermeidliche Ende in möglichster Ferne zu rücken.

Wie bangt der einzelne um sein Leben und wie trachtet er, es vor Schaden zu bewahren, und mit welcher Verständnislosigkeit stehen wir oft dem Leben der Mitmenschen und Mitvölker gegenüber. Da darf es uns dann nicht wundernehmen, daß wir in einer Zeit leben, die so reich an Leuten, aber so arm an Menschen ist. Engherziger Eigennutz äußert so häufig den Wunsch, ein möglichst hohes Alter zu erreichen, ohne sich, wenigstens in der Mehrzahl der Fälle, über einen würdigen Inhalt klar zu sein. Mehr naturwissenschaftliche Betätigung scheint mir hier Weg und Ziel zu sein, tiefere Einsichten zu verschaffen, denn die Natur ist ja das Weltall, worin wir mit all unserem Sein verankert sind.

Langsam, aber stetig, bemächtigt sich menschlicher Erkenntnisdrang der mannigfaltigen Lebensvorgänge und ist bemüht, das noch rätselhafte Unbekannte auf bekanntere Einheiten zurückzuführen.

Es war im Jahre 1839, als Theodor Schwann sein Werk: „Mikroskopische Untersuchungen über die Übereinstimmung in der Struktur und dem Wachstum der Tiere und Pflanzen“ der Öffentlichkeit übergab. Er erbrachte darin den Nachweis, daß die einfachste und höchst organisierten Pflanzen und Tiere, an ihrer Spitze der Mensch, sich aus Milliarden winziger, mit dem freien Auge nicht wahrnehmbarer Elementargebilde, den Zellen, zusammensetzen. Eine Revolution des gesamten Denkens auf dem Gebiet der Lebenswissenschaft war die naturgemäße Folge dieser umwälzenden Entdeckung. Die Zelle also, jenes unfaßbar kleine Klümpchen lebendiger Substanz von Protoplasma, ist die elementare Einheit aller Organe, aller Gewebe, ist Leben im Leben, Organismus im Organismus! Denn jede einzelne Zelle stellt etwas Selbständiges dar und ist doch wieder nur im Körper ein Elementarbestandteil des gesamten Lebewesens, ein einzelner Bürger in einer Milliardenrepublik. Und in dieser Republik herrscht strenge Ordnung, jede einzelne Zelle, vom Ganzen mehr oder minder abhängig, hat nach dem Grundsatz der Arbeitsteilung ihre bestimmten Vorrichtungen zum Wohle der Gesamtheit auszuführen.

Aber neben aufbauenden Kräften fehlt es auch nicht an zerstörenden, die das Leben bedrohen und es zum Tode führen. Und dem rastlosen Wanderer auf dem Wege zur Wahrheit wird der Ausspruch des Physiologen Verworn klar, der einmal sagte: „Der Tod entwickelt sich aus dem Leben.“ Und wahrhaftig, wir sterben gewissermaßen schon von Geburt an. Allerhand Produkte des Stoffwechsels, jenes großartigen chemischer Vorganges, auf dem alles Leben samt seinen unübersehbaren Erscheinungen beruht, sind es vor allem, welche die lebende Substanz wieder zerstören. Mit zunehmendem Alter werden diese Unzulänglichkeiten immer größer, die Organe werden mehr und mehr abgenutzt, verkleinern sich, schrumpfen zusammen und sind außerstande, weiterhin den Lebensvorgang aufrechtzuerhalten. So fand zum Beispiel Demange bei 23 Greisen im Alter von 61 bis 88 Jahren als mittleres Gewicht

für die Niere rund 100 Gramm, während das normale mittlere Gewicht bei Erwachsenen im Durchschnitt etwa 170 Gramm beträgt. Ein solcher Schwund der lebendigen Zellsubstanz ist nun kennzeichnend für alle Organe des gealterten Körpers und hat wohl seine Ursachen in einer weitgreifenden Störung des Stoffwechsels. Der Amerikaner Charles Minot zeigte nun in seinen Untersuchungen, daß sich die Veränderungen in den Organen eines alternden Organismus von denen, die auch schon im jugendlichen Organismus stattfinden, grundsätzlich nicht unterscheiden, daß vielmehr nur die Raschheit und der große Umfang des Verfalls ins Auge springt, denn auch der noch rüstige und vollkräftige Organismus beherbergt dem Tode geweihte und schon abgestorbene Zellen. Jugend und Alter, Leben und Tod sind eben sowohl im Elementarbaustein Zelle, als auch im Gebäude Organismus nur die beiden Angelpunkte desselben Entwicklungsablaufes. Hier Aufbau, dort Einsturz, neben Ruinen Werdendes.

Wenn wir bisher angedeutet haben, daß der Tod eine allgemeine Eigenschaft des Lebens ist, so dürfen wir einer gegenständlichen Anschauung nicht vergessen, die besagt, daß der Tod, also eine zeitliche Begrenzung der Lebensdauer, nicht notwendig mit allem Organischen verknüpft zu sein braucht. Der Zoologe A. Weismann war es, der seiner Zeit die Lehre von der „Unsterblichkeit der Einzelligen“ aufgestellt hat. Die Organismen, Protisten genannt, um die es sich dabei handelt, gehören zu den einfachsten, die man sich ihrem Bau nach denken kann. Sie sind mikroskopisch klein und bestehen nur aus einer einzigen Zelle, die Nahrung aufnimmt, wächst und sich fortpflanzt, indem sich das Zelltierchen in der Mitte teilt, beide Teilhälften sich wieder teilen, und so fort, bis anscheinend ins Unendliche.

Tatsächlich gelang es ja dem Amerikaner Lorando Woodruff, diese im Wasser lebenden Mikroorganismen künstlich zu züchten und in mehreren Jahren mehr als fünftausend Generationen zu zählen. Um diese schier unfassbare Generationenzahl dem Verständnis näher zu bringen, mag eine Berechnung Woodruffs hier Platz finden, die besagt, daß bloß rund dreitausend Generationen dieser einzelligen Tierchen mit ihren Zelleibern ein Volumen ergeben würden, das zehntausendmal so groß wäre als unsere Erdkugel!

Wenn also auch schon aus diesen „räumlichen“ Gründen eine ungehemmte Fortpflanzung der Einzelligen zur Unmöglichkeit wird, so muß doch bedacht werden, daß auch die Protisten nach einer Reihe von Teilungen einer natürlichen, physiologischen Entartung des Stoffwechsels, wie der Franzose Maupas feststellte, unterworfen sind, die hemmend auf die Teilungs-, somit Fortpflanzungsfähigkeit einwirkt. Allerdings gelang es Woodruff in seinen Versuchen, die Degenerationserscheinungen durch besonders günstige Lebensbedingungen usw. hintanzuhalten, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Einzeller, um mit Paul Kammerer zu sprechen, obwohl vielleicht der Möglichkeit nach unsterblich, praktisch genommen dennoch sterblich sind wie jedes andere Leben auch, denn im freien Naturhaushalte herrschen nicht jene günstigen Lebensbedingungen, wie sie der Forscher im Laboratorium zu schaffen weiß.

Leben und Tod! Welch unübersehbares Wissensgebiet, über dessen weiten Bereich manchmal noch das Dunkel mangelnder Erkenntnis schwebt, eröffnet sich hier dem Forscher und Denker, und manches inhaltsreiche Blatt im Buche der Natur konnte er hier in emsiger Arbeit bereits entziffern, von dem einst Du Bois-Raymond sagte: „Ignoramus et Ignorabimus!“ (Wir wissen es nicht und wir werden es nicht wissen!)
Dozent Ewald Schild, Wien

Renato Mondo. Der feine Herr

Haben Sie je einen so fabelhaften alten Herrn gesehen? Herrlich!

Der weltberühmte Kurort mit den tausend luxuriösen Damen und den vielen, etwas leberkranken schwerreichen Industriellen lobte aus einer Seele: Nein, so etwas von entzückendem alten Herrn haben wir wirklich noch nicht gesehen.

Pünktlich um zehn Uhr vormittags tauchte er am Korso auf; sein Haar fiel künstlerhaft übers Genick, und sein Gesicht strahlte. Die Frauen rissen sich darum, von ihm unterhalten zu werden — und die Männer verstanden dies: es war überhaupt merkwürdig, niemand konnte sich seinem suggestiven Einfluß entziehen.

Er erzählte die schönsten Geschichten mit den einfachsten Mitteln der Welt; er trank die Herren unter den Tisch, und wenn sie munter wurden, tat er es noch einmal. Er verpumpt Geld und war überhaupt der gute Onkel; aber dies alles war bestimmt nicht die Ursache seiner Beliebtheit. Er wirkte mystisch, das war es einfach.

Die Bar wurde wegen Überfüllung geschlossen, wenn er anwesend war, und die Anekdoten, die er an solchen Abenden erzählte, machten am nächsten Morgen die Runde durch die Kurstadt.

Ein geliebter Mensch. Das Hotel, in dem er wohnte, hatte einen glücklichen Besitzer. Ja, solche Gäste hat man nicht täglich.

Diese Geschichte wäre nicht wert, erzählt zu werden, wenn sie nicht etwas Besonderes von allen andern unterschiede.

Das Leben in einer Kurstadt wird nur von den Sensationen erhalten, die Herr X über Herrn U weiß: Man kennt die Liebesaffären der Zimmermädchen so gut wie sein eigenes Pech in diesen Dingen; man weiß, wer über seine Verhältnisse lebt und warum; kurz, man kommt als leidender Kurgast und verschwindet als lebendes Auskunftsbuch über viele hundert erlebnislose Seelen.

Es war also wirklich angenehm, von jenem alten Herrn tausend andere und viel interessantere Dinge zu hören; sie lagen nur etwas absichts vom Tratsch der Frouzimmernachwöher.

Um zehn Uhr vormittags tauchte sonst der beliebte bärtige Zeitvertreiber am Korso auf; an diesem Tage kam er etwas später. Er schwenkte vergebens den breitrandigen Hut nach allen Richtungen; er war ein Lüftlein Luft und nichts weiter, ein übersehbares Insekt.

In seinem Hirn kreisten tolle Gedanken; vielleicht vergaß er sichtbar zu grinsen. Und er grüßte nochmals, aber sein Gesicht war schon grimmighaft höflich. Keine Antwort.

Ein Aristokrat, mit dem er eine Nacht zuvor auf Du getranken hatte, ging vorbei. „Baron...“

„Irrtum, ich kenne Sie nicht.“

Er lief zur besten Bekannten: „Kann ich Frau Kommerzrätin sprechen?“

„Bedauere, geizige Frau fuhr gestern fort.“
Verstört und innerlich in zwei Hälften gespalten, sprang er in breiten, weit ausladenden Schritten zur Hotelhalle. Der Direktor kam ihm entgegen und sprach: „Ihre Koffer sind gepackt; Sie wollten doch heute reisen?“

Und dem Portier rief er zu: „Nr. 16 fährt mit dem nächsten Zug.“

Ihre Rechnung ist bereit. Eine Sekunde, ich glaube, ein Brief ist für Sie da.“

Nach einer Minute hielten zwei nervöse, verkrampte, schon lange in Pension gegangene Hände einen amtlichen Briefumschlag. Darauf stand: „An den Scharfrichter August Klemsner, Hotel zu den drei Kronen.“

Kurzweiligkeiten

Der Hundefreund. Walter war der stolze Besitzer eines Promenadenmischung-Hundes, der sehr viel Beschwerden im Haushalt machte und nicht „stubenrein“ war. Aber Walter hing so sehr an dem Hund, daß er nicht zu überreden war, ihn herzugeben. Schließlich machte ihm sein Vater folgenden Vorschlag:

„Mein Junge, ich gebe dir zehn Mark, wenn du dich von dem Hund trennst.“

Am andern Tage kam Walter zu seinem Vater und erzählte ihm, daß der Hund nicht mehr im Hause sei.

„Das ist eine freudige Nachricht“, meinte der Vater. „Hier hast du die versprochenen zehn Mark. Wie hast du ihn denn aus dem Wege geräumt?“ Walter lachte, indem er das Geld einsteckte:

„Mein Freund Fritz hat mir zwei junge schwarze Hündchen dafür gegeben.“

Anfänger. „Warum siehst du so niedergeschlagen aus?“
„Ich habe mir ein Buch gekauft mit dem Titel: „Wie erweckt man Liebe?“ und nun weiß ich gar nicht, was ich tun soll.“

„Wieso?“
„Ja... es steht darin: Man nehme des Mädchens Hand, schaue ihm tief in die Augen und sage: „Ich liebe dich, Beatrice!“
„Ja, und was ist daran falsch?“
„Der Name meines Mädels ist aber doch Lissy!“

Vollmacht. Zu Meiers kommt der Briefträger mit einem Einschreibebrief. Herr Meier ist nicht da. Doch sagt Frau Meier, er möge den Brief nur hergeben, sie hätte Vollmacht. Beim kleinen Hänschen, der die Vorgänge beobachtet hat, ist unterdessen etwas passiert, denn er sagt plötzlich: „Mama, Hänschen auch Vollmacht!“

Der Gast. Der kleine Horst ist bei seinem kleinen fünfjährigen Vetter zu Besuch. Beide spielen. Horst nimmt die Spielsachen stark für sich in Anspruch, aber das gefällt dem kleinen Ernst nun gar nicht. Die Tante will vermitteln: „Ernstchen, du mußt doch deinem Gast das Spielzeug lassen.“
Ernstchen zieht eine Schippe und mault. Unter vielem Drücken und Drängen macht er sich endlich Luft: „Du oller Gast, du!“

Charles Himmelfahrt. Papa geht mit dem kleinen Sohn ins Kino, wo ein Chaplin-Film gegeben wird. Nach der Vorstellung fragt der Kleine: „Papa, kommt Chaplin auch in den Himmel, wenn er stirbt?“
„Natürlich!“ behauptet Papa.
Darauf der Knirps: „Da wird der liebe Gott aber lachen!“

Das Gebet. Vor dem Zubettgehen spricht Nelly ihr Gebet. Mama bleibt bei ihr, bis das Amen gesagt ist. Dann ist die kleine Fracht im Traumboot verpackt.
Gestern betet Nelly besonders feierlich. Mama hört erstaunt: „Lieber Gott, mach mich rein; ganz rein, lieber Gott, so rein wie — reiner Bienenhonig...“

Wißbegierig. Die Lehrerin erzählte von dem König Heinrich, er nach dem Tode seines Sohnes nie mehr gelacht habe!
Unsere Annette bekommt eine zweifelnde Miene.
Unsere Annette hebt fragend das Händchen: „Verzeihung, Fräulein Braum, aber was machte er, wenn man ihn kitzelte?“

Die Bedeutung der Gewerkschaften

Die Frage, welche Stellung oder Rolle die Gewerkschaften künftig im Staate zugewiesen erhalten sollen, wird nach wie vor lebhaft erörtert. Etwas Bestimmtes hierüber läßt sich jetzt, wo diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht sagen; aber es ist wohl möglich, daß schon mehr bekannt sein wird, ehe sie vor den Leser kommen. Die Erörterung der Frage gibt auch Personen, die mehr oder weit im rechtsbürgerlichen Lager stehen, Veranlassung, ihre Meinung über die Bedeutung der Gewerkschaften im staatlichen und wirtschaftlichen Leben auszudrücken. Wir lassen hier einige dieser Äußerungen folgen.

Der Reichsgerichtspräsident Dr. W. Simons an den christlichen Gewerkschaftsführer Imbusch: „Es ist sehr verdienstlich, daß Sie die Leser des (christlich-gewerkschaftlichen) Zentralblattes wieder an die Leistungen erinnern haben, die damals die gesamte Bevölkerung an der Ruhr, namentlich aber die Arbeiterschaft aller Parteischattierungen, in dem Widerstand gegen die Vergewaltigung durch die französisch-belgischen Besatzungsmächte vollbracht hat. Sie waren in dieser Zeit unter den Führern der Abwehrbewegung und haben vollen Anspruch auf den Dank, den das ganze deutsche Volk jenen tapferen Kämpfern schuldet. Es ist sehr beklagenswert, daß die Parteiverhetzung der Gegenwart solchen Leuten nationale Gesinnung abspricht, die damals des Kampfes Last und Hitze in erster Linie getragen haben, während so viele andere, die jetzt ihren Nationalismus entdeckt haben, untätig zur Seite standen...“

Graf Hermann Keyserling in der Dtsch. Allg. Zeitung vom 19. Februar 1933: „Genau wie für das heutige Rußland nicht der Kommunismus wesentlich ist, sondern das echt russische Sowjet-System, so ist es für Deutschland nicht der Sozialismus, sondern das Gewerkschaftswesen... Im alten Deutschland lebt der alte individualistische Geist des Gesamt-Abendlandes. Im Gewerkschaftswesen nun aber lebt das alte Zunftwesen in ähnlichem Sinne fort, wie im Sowjet-System der russische Urgeist. Gegenüber dem Gewerkschaftswesen ist der Marxismus ein völlig Oberflächliches; er ist eine ganz junge zeitbedingte Erscheinung und mag insofern vielleicht wirklich auszurotten sein. Dies wird aber gerade dem am wenigsten gelingen, der die Sozialdemokratie als solche bekämpft. Zusammen mit dem Zentrum hat die Sozialdemokratie, soweit breitere Schichten in Frage kommen, die tiefsten und deutschesten Wurzeln. Deswegen kann sie an der Unterdrückung und Verfolgung nur erstarken. Selbstverständlich müssen Maßregeln getroffen werden, um weiterer Volkszersetzung durch die Modeerscheinung des Marxismus vorzubeugen. Aber nicht darin liegt die Aufgabe der eigentlichen Staatskunst; diese liegt erst recht nicht darin, dem alten Arbeitergeist die neue Weltanschauung der Nationalsozialisten aufzudrängen zu wollen; nie und nimmer wird das gelingen. Die wahre Aufgabe echter deutscher Staatskunst liegt darin, aus der Erkenntnis heraus, ein wie Tiefes und Wesentliches gerade die Deutsche Sozialdemokratie ist, diese Massen in den Neubau einzugliedern, so daß sie sich in ihm heimisch fühlen können.“

Erwin Gehrts in der Täglichen Rundschau vom 12. März 1933 (Sozialismus — die künftige Ordnung der Arbeit): „Schon einmal hat der Staat die wertvollen Dienste der gewerkschaftlichen Vorarbeit eingespart. Obwohl im Frühjahr 1914 die Schikanen gegen die Gewerkschaften einen Höhepunkt erreichten

und die Spannung zwischen Staat und Gewerkschaften zur Auseinandersetzung drängte, hat kurze Zeit später die Zusammenarbeit zwischen Kriegsführung und den Organisationen der Arbeitnehmer dem Vaterlande wertvolle Dienste geleistet; Regierung und Heeresleitung haben in vielen Maßnahmen sich der Vorarbeit und des Beistandes der Arbeitnehmerorganisationen bedient; und der Staat in seinem heutigen sozialen Notstand sollte sich jenes Beispiels erinnern; denn zum Neubau von Staat und Wirtschaft können gerade die Gewerkschaften wertvollste Mitarbeit leisten.“

Die Frankfurter Zeitung vom 19. März unter Marx und die Marxisten: „... In dieser schwersten Zeit (des Krieges) haben Sozialdemokraten im Felde ebenso gekämpft und geblutet wie die anderen Deutschen, und dabei sind neben den anderen die sozialistischen Gewerkschaften in einer wahrhaft waterländischen Hingabe tätig gewesen, so beim Hilfsdienstgesetz, das gerade an den Arbeiter starke Ansprüche stellte. Nach dem Zusammenbruch haben die Gewerkschaften das Chaos verhütet, das wohl kaum vermeidbar gewesen wäre ohne die „Arbeitsgemeinschaft“, die im November 1918 die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände eingegangen sind, um die Demobilisierung durchzuführen. Als dann die Sozialdemokratische Partei die Staatsleitung übernahm, hat sie keineswegs die Diktatur des Proletariats herbeigeführt, sondern im Gegenteil sich bemüht, sie zu verhindern. Und neben einem Sozialisationsanlauf, der in einer Kommission stecken blieb, war es nun gerade die Sozialdemokratische Partei, die in Verbindung mit anderen einen bürgerlich-demokratischen Staat zu gestalten versuchte.“

Graf Alfr. Montgelas in der Vossischen Zeitung vom 19. März (Die alten Farben): „Als auf den militärischen Zusammenbruch das bürgerliche Chaos folgte, als die Welle bolschewistischer Revolution über Deutschland hinüberzuschlagen drohte, als in Berlin und anderswo im Reich die roten Flammen schon hochschlugen, da hat unter dieser Fahne der deutsche Arbeiter sein Vaterland gefunden und verteidigt. An diesem Symbol ist er zum deutschen Vollbürger geworden.“

Die Deutsche Allgem. Zeitung vom 15. März (Zum 50. Todestage von Karl Marx): „In der deutschen Sozialdemokratie war der marxistische Einfluß schon vor dem Kriege im Schwinden begriffen, und zwar hauptsächlich wegen der starken Entwicklung der Gewerkschaften, die darauf angewiesen waren, praktische Arbeit für die von ihnen vertretenen Interessen zu leisten, anstatt den Ideen eines proletarischen Zukunftsstaates anzuhängen.“

Der Sonntag Morgen, eine rechtsstehende Kölner Zeitung, vom 26. Februar: „Hitler hat dem Marxismus den Kampf angesagt, Papen sprach vor kurzem vor den Berliner Studenten gegen den Materialismus. Aber wie sieht dieser Kampf in der Praxis aus? Genügt es, daß man in die Organisationen der Arbeiter zerschlägt? Oder daß man in die Führung dieser Organisationen neue Leute hineinbringt? Wird dann der Arbeiter auf einmal willens sein, am neuen bündischen Staat mitzuarbeiten? Eine Arbeiterschaft von der Intelligenz und Tüchtigkeit, von der moralischen Kraft und dem Können der deutschen kann nicht vergewaltigt, sondern nur überzeugt werden. Überzeugen aber kann den Arbeiter nur eine Arbeits- und Gesellschaftsordnung, die seinen Platz im Staat wichtiger und stärker macht, als er heute ist.“

Elf Millionen Tonnen Kohlenvorrat

Trotz Stillelegungen, Betriebseinschränkungen, Entlassungen und Feierschichten wurden, so schreibt der Dortmund General-Anzeiger, die Kohlenhalden immer größer. Rund 11 Millionen Tonnen Brennstoffe, eine ganze Revierförderung von 1 1/2 Monaten, hat der Ruhrbergbau auf Lager, für die angeblich kein Absatz zu schaffen ist.

Und fährt man durchs schwarze Revier, an den Kohlenhalden vorbei, so fällt die Tatsache ins Auge, daß der ganze Lagerbestand fast nur aus Feinkohle und zum kleineren Prozentsatz aus den kleinen Nußsorten besteht. Dieses Ausmaß der Kohlenansammlung wäre zu vermeiden gewesen, wenn der Ruhrbergbau frühzeitig genug eine Umstellung seiner Betriebe vorgenommen hätte. Die Kohlenhalden im Ruhrbergbau sind das sichtbare Wahrzeichen der entsetzlichen Ziel- und Planlosigkeit, die im Ruhrbergbau eingerissen ist. Obwohl die Stückkohle in ihren verschiedenen Abreibungen nach wie vor begehrt und absatzfähig ist, hat die Rationalisierung und die mechanische Entwicklung des Bergbaues, die im Ruhrbergbau ihren höchsten Stand erreicht hat, es mit sich gebracht, daß die Stückkohlenförderung immer weiter zurückgeht. Während in den früheren Jahren die Zechen bis zu 50 vH Stückkohlen förderten, ist jetzt bei den meisten der modern umgestellten Zechen der Stückkohlenanfall bis zu 20 vH herabgesunken.

Früher erfolgte der Abbau in der Hauptsache durch Strebstöbe von etwa 20 Metern Höhe oder durch Ortsbetriebe. Die Abbaufont wurde entsprechend dem Verlauf der Schichten, bergmännisch „Schlechten“ genannt, hergestellt. Die Kohle wurde von Hand mit dem Schrämpfkel oder mit der Kleinschrämmaschine bis zu einem Meter unterschrämt und dann der so unterschräimte Kohlenblock mit der Keilhacke, mit Eisen und Hammer und mit dem Brechstein in möglichst großen Stücken heringewonnen. Meistens mußten die Kohlenbrocken sogar so weit verkleinert werden, daß sie überhaupt in den Förderwagen zu werfen waren. Die so bearbeitete Kohle wurde dann von Hand oder mit der Schaufel in Förderwagen geschafft, um den Transport zu Tage anzutreten. Diese Art der Kohलगewinnung ermöglichte eine große Stückkohlenförderung, sie ermöglichte es sogar, durch Zusatzgedinge für Stückkohlen die Stückkohlenförderung noch weiter zu beeinflussen.

Im heutigen modern umgestalteten Bergbau ist die Sachlage eine ganz andere. Die Kohle wird in 150 bis 200 Meter hohen Stößen und Schüttelrutschenbetrieben gewonnen. Die Spannung des Gebirges, des Hangendes, drückt auf der ganzen Abbaufäche auf die Kohle. Dadurch wird zwar die Gewinnung erleichtert, aber auch die Kohle an sich wird weicher und zerdrückt. Dieser moderne Abbau mit schnellem Verbieh ist so organisiert, daß der Abbau auf der ganzen Länge von 150 bis 200 Meter jeden Tag gleichmäßig einen bis zwei Meter vorrückt. Die Rutsche muß jede Nacht entsprechend dem Vorrücken des Abbaues umgesetzt werden, und die Kohle muß unter allen Umständen tagsüber in dem fraglichen Abbauschchnitt heringewonnen werden.

Diese Zwangsläufigkeit des Abbaues gibt dem ganzen Betrieb ein Gepräge. 30, 40 oder 50 Kohlenhauer sind in gleichmäßigen Abständen über die ganze Abbaufont verteilt. Sie wählen sich mit Abbauhämmern in den Kohlenstoß hinein. Die Maschinen der verschiedensten Art und Ausführung sind auf die anstehende Kohle losgelassen, sie zerbrechen und zermalmend. Die Kohle wird in die eiserne Schüttelrutsche geschleudert, und diese bringt sie in wuchtigen Stößen abwärts zur Füllstrecke, wo sie in Förderwagen landet. Es ist klar, daß die mit diesem Abbausystem gewonnene Kohle noch höchstens 20 bis 25 vH Stückkohle enthält. In diesem System liegt es auch begründet, daß der Arbeiter und auch die unmittelbare technische Aufsicht gar keinen Einfluß auf die Erzielung einer größeren Stückkohlenförderung haben kann.

Man sieht, daß die technische Entwicklung des Bergbaues gar

keine Rücksicht auf die Wertigkeit der Kohle genommen hat, und unter diesen Umständen wirkt sich in der heutigen Krisenzeit der Gegensatz zwischen technischer Betriebsleitung und kaufmännischer Geschäftsführung im Ruhrbergbau doppelt kraß aus. In technischer Hinsicht wird die Jagd nach Kohle, nach Höchstleistung um jeden Preis, um Rekord und Förderzahlen immer mehr auf die Spitze getrieben. Ein Revier wird gegen das andere ausgespielt. Eine Konzernzeche sucht die andere zu übertrumpfen. Nur die Quantität spielt eine Rolle; Qualität und Sorten sind Nebensache. Nur möglichst viele Kohlen, möglichst hohe Förderzahlen und eine möglichst hohe Leistung je Mann und Schicht. Denn darauf ist ja auch das Prämiensystem für die Beamten aufgebaut.

Und die Versandchefs in den kaufmännischen Abteilungen, die maßgebenden Personen im Syndikat zergrübeln sich nachher den Kopf, um, im bergmännischen Dialekt zu reden, den „Mist“ loszuwerden. Dann wird die Ruhrkohle in den bestrittenen Gebieten verschleudert, dann wird der nicht ohne weiteres absetzbare Teil der Förderung auf die Halden gestürzt oder wird zu Koks verarbeitet und wandert dann ebenfalls auf die Koksgruben.

Es ist Zeit, daß die maßgebenden Faktoren im Ruhrbergbau einmal über diese Auswüchse der Entwicklung nachdenken. Das Ruhrkohlenproblem ist schon lange zu einem Sortenproblem geworden. Künftig darf die Frage im Ruhrbergbau nicht lauten: wie fördern wir möglichst viele Kohlen, sondern: wie fördern wir möglichst die Kohlenarten, die in der Wirtschaft gebraucht werden. Nur so ist die gewaltige Kohlenansammlung zu vermeiden.

Bankkrach und Arbeitslosigkeit

Über die Auswirkung des Zusammenbruchs des amerikanischen Bankwesens lesen wir im Weekly News Service (Nachrichtendienst) des amerikanischen Gewerkschaftsbundes vom 11. März:

Kein Zweifel, die Bankenkrise wird die Arbeitslosigkeit erhöhen. Der Bevölkerung ist die Kaufmöglichkeit auf die niedrigste Grenze herabgesetzt worden. Das bedeutet weniger Käufe, infolgedessen werden Kaufleute entlassen werden; die Fabriken bekommen weniger Aufträge, und mehr Fabrikarbeiter verlieren ihren Platz. Außerdem werden Tausende von Zwischenleuten, die Aufträge placieren wollten, gezwungen, damit noch zu warten, bis die Verhältnisse klarer geworden sind, wodurch das Industrieleben noch weiter gedrosselt wird. Arbeitsplätze und Arbeitszeit werden die ganze Reihe lang eine Verminderung erfahren.

Wenn die Bankenkrise vorbei sein wird, werden die Arbeiter ihre Unternehmer schwerlich so bereitwillig zum Einstellen finden, als sie mit der Entlassung waren. Zu der jetzigen Arbeitslosenzahl, die 12,7 Millionen Köpfe zählt, werden sich die neuen Arbeitslosen fügen, das ist eine frische Gruppe von Leuten, die kaufunfähig und der Möglichkeit beraubt ist, sich selbst zu erhalten; eine Gruppe, die ausgestoßen ist aus dem normalen Leben eines sich selbst achtenden Gliedes der Gesellschaft. Das Geschäftsleben kann sich nicht erholen, wenn diese Erwerbslosen nicht hunderttausendweise zurückkehren in die Arbeit... Die stärkste Zunahme der Arbeitslosigkeit vom Dezember zum Januar war zurückzuführen auf die Entlassungen im Kleinhandel nach dem Weihnachtsgeschäft. Der Kleinhandel stand dieses Jahr schlechter als je vorher. Im Groß- und Kleinhandel verloren im Januar 430 000 Leute ihre Plätze und 128 000 in der Produktion. Die Wintersaison nahm im Baugewerbe weiteren 65 000 Leuten die Arbeitsplätze und 56 000 im Straßenbau. Der Bergbau entließ 22 000, eine Anzahl kleinerer Entlassungen brachte die Gesamtzunahme der Arbeitslosen auf 800 000.

Eine Frau als Arbeitsminister

Bei der Bildung der „offiziellen Familie“ hat der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Roosevelt, den Weg der Partei- und Vetterleswirtschaft verlassen. Er hat bei der Auswahl der Minister mehr auf ihre Eignung als auf Parteizugehörigkeit und Empfehlung gesehen. Daß er auch nicht auf Vorurteile Rücksicht nimmt, zeigt die Ernennung Fräulein Frances Perkins zum Arbeitsminister. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund ist davon nicht erbaut. Er hatte gewünscht, daß ein Mann seines Vertrauens für diesen Posten von steigender Wichtigkeit genommen worden wäre. Er hatte dafür den Führer des Verbandes der Transportarbeiter (Automobilfahrer), Daniel Tobin, in Vorschlag gebracht. Doch Roosevelt ist darauf nicht eingegangen. Hierbei mag der Umstand eine gewisse Rolle spielen, daß die zwei letzten Arbeitsminister, Doak und Davis, die die Männer des Gewerkschaftsbundes waren, den Beweis arg vermissen ließen, daß sie das nötige Zeug zum Arbeitsminister hatten.

Man geht nicht fehl mit der Annahme, daß Roosevelt schon mit dem festen Entschluß, Fräulein Perkins zu wählen, ins Weiße Haus gekommen ist. Er kennt das Fräulein (das übrigens längst verheiratet und Mutter ist) von der früheren Tätigkeit her. Die Frau Arbeitsminister, die auf amerikanischen und europäischen Hochschulen studiert hat, bekleidete von 1910 an den Posten der Sekretärin der Konsumentenvereinigung in Newjork. Nach dem schrecklichen Feuer einer Blusenfabrik, wobei viele Frauen ums Leben kamen, bemühte sich Frau P. um bessere Schutzgesetze für die Bekleidungs- und Textilarbeiterinnen. Sie wurde dann von dem Newjorker Gouverneur Smith zum Leiter der Newjorker Gewerbekommission ernannt und schließlich, im Jahre 1929, ernannte sie der jetzige Präsident Roosevelt, damals Gouverneur von Newjork, zum Kommissar der Arbeit (Arbeitsminister) des Staates.

Dem Beobachter der amerikanischen Verhältnisse können die verschiedenen Neuerungen und Maßnahmen nicht entgangen sein, die es die letzten Jahre auf sozialpolitischem Gebiete in Newjork gegeben hat. Sie sind gutenteils auf Frau Perkins zurückzuführen. Dadurch ist sie weit über ihren Amtsbereich hinaus bekannt geworden und sie hat dafür bei der Arbeiterschaft lebhaft Anerkennung gefunden. Präsident Roosevelt, der beherzt in den Ochsentrott der Bürokratie eingreift und tiefgreifende Reformen plant, besonders auf dem Gebiete der Sozialpolitik, hat offenbar geglaubt, sich eines tatkräftigen und von Traditionen ungehemmten Mitarbeiters, eben der Frau Perkins, versichern zu müssen. So hat er als erster eine Frau zum Minister gemacht. Das ist in diesem puritanischen Lande ein Zug, der auf Vorurteilslosigkeit und Kühnheit schließen läßt.

Sperre für neue Maschinen

Durch die Vervollkommnung der Betriebsanlagen und die Aufstellung arbeitssparender Maschinen sind viele Arbeiter überflüssig geworden, die auch bei einer zu erhoffenden Belebung des Geschäftsganges keine Aussicht haben, wieder in ihrem Beruf Beschäftigung zu finden.

Den Versuch, auf diesem Gebiet hemmend zu wirken, hat als erster der Senat der Stadt Danzig unternommen. Nach einer von ihm erlassenen Verordnung bedarf die Neuaufstellung neuer Maschinen und Apparate der obrigkeitlichen Genehmigung, wenn die Aufstellung geeignet ist, die Zahl der Arbeiter in einem Betrieb zu verringern. Bei Zuwiderhandlungen erfolgt nicht nur Bestrafung, sondern auch Einziehung der Maschinen und Apparate.

Diese Verordnung ist ein heroisches Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dem gleichen Zweck dient auch die Einführung der Vierzigstundenswoche, die in der gleichen Verordnung geregelt ist. Angesichts des ungeheuren Umfangs der Arbeitslosigkeit ist man geneigt, jedes Mittel zu begrüßen, das geeignet ist, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und ihre weitere Ausbreitung zu verhindern. Die Sperre gegen neue Maschinen ist aber doch ein Mittel, das bei näherer Betrachtung bedenklich stimmt.

Sie erinnert an die Maschinenstürmer, die glaubten, durch die Vernichtung der neu aufkommenden mechanischen Webstühle die Handweberei vor dem Untergang zu retten. Der Fortschritt läßt sich nicht aufhalten; auf keinem Gebiet, am wenigsten auf dem der Technik. Die Danziger Verordnung mag vorübergehend ein Mittel sein, das Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu hemmen, auf die Dauer läßt sie sich nicht aufrecht erhalten. Mehr Erfolg kann man sich von der gleichzeitig angeordneten Verkürzung der Arbeitszeit versprechen. Innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise gibt es eben keine Möglichkeit, den Fortschritt der Technik dem ganzen Volk nutzbar zu machen. Die Maschine, die ein Mittel sein sollte, dem Menschen die Arbeit zu erleichtern, ist in der kapitalistischen Welt zum Fluch für die Arbeiterschaft geworden, weil sie immer größere Massen von der Arbeit ausschließt.

Siemens in Irland

Der Siemens-Konzern baute das große Shannon Kraftwerk in Irland, das dieses Land mit billiger Wasserkraft versorgen und die Industrialisierung des Landes erleichtern soll. Aus der Bilanz des Siemens-Konzerns geht nun hervor, daß diese Arbeit dem Konzern schwere Verluste brachte. Es geht aus ihr nicht die Höhe der Verluste hervor, da im Geschäftsbericht nur vermerkt wird, daß in diesem Jahr bei beiden Siemens-Gesellschaften auf den irischen Auftrag ein Restverlust von 4,5 Millionen Mark abgebucht wurde. Es wird dann mitgeteilt, daß der Verlust in Irland nicht auf technische Fehler, sondern auf die Ungunst der Verhältnisse zurückzuführen war. Es seien die — Arbeiterverhältnisse gewesen, die den Verlust verursachten. Näheres wurde über diesen Punkt leider nicht mitgeteilt. Es steht jedoch noch in Erinnerung, jene Lohnschwierigkeiten entstanden in Irland dadurch, daß der Siemenskonzern die in Irland beschäftigten deutschen Arbeiter nicht nach dem deutschen Lohnsatz, sondern entsprechend den sehr niedrigen irischen Löhnen beschäftigen wollte. Auch der damit verbundene Streik ist noch in Erinnerung. Es wäre erwünscht, daß die Öffentlichkeit über die Angelegenheit genau unterrichtet wird.

Der Kleinkonsum belobt

Der Präsident der Schweizerischen Nationalbank gebraucht kürzlich in seiner Aktionärsversammlung über die Mittel der Krisenüberwindung folgende Worte, die wir für sich wirken lassen:

„Was wieder kommen muß, ist das Einsetzen des millionenfachen Kleinkonsums. Heute spart jedermann an Kleidung, an Nahrung, aber es ist die Erneuerung des Verbrauches an Notwendigen in Haushalt und Lebensbedarf, die der Industrie zum Aufleben verhelfen kann und muß. Notstandsarbeiten und einzelne große Bauten von Regierungen und Verwaltungen mögen da und dort Hunderten von Arbeitern Beschäftigung bringen; aber, wie es ein andauernder Landregen und nicht ein Gewitter mit Sturzbächen ist, der die Quellen und Ströme speist, so ist es auch der kleine, aber ständig sich verbreitende Konsum, der Tausenden von Arbeitern den Tagesverdienst bringt und schließlich die befruchteten Industrien nötigt, ihre eigene Ausstattung zu verbessern und zu erneuern.“

Die Zeppelin-Serie

von 264 gestochen scharfen Bromsilber-Fotos in Groß-Format enthält: Historische Aufnahmen der ersten Luftschiffe, nie veröffentlichte Kriegs-Bilder, Innen-Aufnahmen und herrliche Bilder der weltumspannenden Fahrten des »LZ 127«.

CLUB Deutschlands weitaus beste 3 1/3 Pfg-Zigarette

Tauschzentrale: Bilderstelle Lohse, Dresden-A. 24, Nossener Straße 1

Der Lohn im dritten Krisenjahr

Bewegung der Tariflöhne im zweiten Halbjahr 1932

Der stoßartigen Kürzung der Tariflöhne im Januar 1932 durch die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 folgte eine dauernde Abbröckelung von den tariflichen Lohnsätzen in einzelnen Berufsgruppen und Vertragsgebieten.

Nach der amtlichen Statistik lagen die Tariflöhne Ende 1932 tief unter dem Niveau vom Jahr 1926. Der durchschnittliche tarifmäßige Stundenlohn eines männlichen Facharbeiters betrug nämlich (in Pf.):

	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Januar . . .	83,6	84,4	91,7	98,9	102,6	102,1	84,9
Februar . . .	83,7	84,5	91,7	99,1	102,6	100,9	84,9
März	83,7	85,1	92,4	99,1	102,6	100,0	84,8
April	83,6	86,8	94,5	99,7	102,8	97,9	84,7
Mai	83,6	89,0	96,3	101,2	102,9	96,9	83,0
Juni	83,4	89,8	96,6	101,7	102,9	96,8	81,8
Juli	83,5	89,8	96,7	101,9	102,9	96,5	81,4
August . . .	83,5	89,9	97,3	102,1	102,9	96,4	81,1
September .	84,2	90,0	97,3	102,1	102,9	96,3	80,5
Oktober . .	84,1	90,8	98,5	102,1	102,9	95,5	80,3
November .	84,2	91,2	98,6	102,4	102,9	94,9	80,2
Dezember . .	84,3	91,4	98,8	102,5	102,8	94,2	80,1

Durchschnitt der Löhne männlicher Arbeiter (berechnet nach den Löhnen in der höchsten Lohnstufe)

Berufe	Stundenlohn in Pfennig am Ende des Monats				Dez. 1932 wenig, als			
	Dez. 1930	Jan. 1932	Juni 1932	Dez. 1932	Jan. 1932 in Pf.	Dez. 1932 in vH	Jan. 1932 in Pf.	Dez. 1932 in vH
Steinmetzen . . .	150,8	123,0	107,0	104,8	18,2	14,8	46,0	30,5
Maurer	129,3	107,5	89,4	89,4	18,1	16,8	39,9	30,9
Maurer (Hilfsarbeit.)	107,3	89,0	74,1	74,1	14,9	16,7	33,2	30,9
Erd- u. Tiefbauarb.	94,3	78,1	65,3	65,3	12,8	16,4	29,0	30,8
Zimmerer	130,3	108,2	89,9	89,9	18,3	16,1	40,4	31,0
Maschinenim-Baugewerbe	143,5	117,5	100,2	99,2	18,3	15,6	44,3	30,9
Stukkateure . . .	166,7	137,4	110,4	109,3	28,1	20,5	57,4	34,4
Glaser	124,4	102,9	94,8	90,8	12,1	11,8	33,6	27,0
Ofensetzer . . .	156,4	125,9	104,7	104,7	21,2	16,8	51,7	33,1
Maler	124,6	102,7	85,3	85,3	18,4	17,7	39,3	31,5
Metallindustrie, gel.								
Facharbeiter . .	93,4	77,5	77,7	77,0	0,6	0,6	16,4	17,6
Bankkassierer . .	129,3	105,7	93,0	95,1	10,6	10,0	34,2	26,5
Kupferschmiede .	135,3	108,1	104,0	100,0	8,1	7,5	35,3	26,1
Tischlerei, Möbelind.	—	92,5	—	—	—	—	—	—
Böttcher	117,2	97,4	96,7	93,3	4,1	4,2	23,9	20,4
Chem. Industrie, Ungerlemte	81,1	65,8	65,8	65,8	—	—	15,3	18,9
Masch. i. d. chem. Industrie	99,4	82,0	80,8	80,7	1,3	1,6	18,7	18,8
Loh- und Weißgerber	93,4	77,8	75,2	71,2	6,6	8,5	22,2	23,8
Schuhind., Facharb.	93,4	75,3	75,3	75,3	—	—	18,1	19,4
Lederwarenindustrie								
Facharbeiter . .	99,1	80,7	80,2	77,0	3,7	4,6	22,1	22,3
Tapezierer	112,5	95,7	93,9	88,1	7,7	8,0	24,4	21,7
Papierhersteller (l. Gehülfe) . . .	84,1	67,9	67,4	65,8	2,1	3,1	18,3	21,8
Buchdrucker . .	117,9	96,5	95,5	95,5	—	—	21,4	18,2
Buchdrucker-Hilfsarbeiter	98,5	80,7	80,7	74,0	6,7	8,3	24,5	24,9
Buchbinderei, Gehülfe	110,3	87,7	87,7	87,7	—	—	22,6	20,5
Kartographenindustrie								
Facharbeiter . .	96,3	76,1	76,1	76,1	—	—	20,2	21,0
Textilind. (Weberei) .	81,3	68,9	68,5	65,3	3,6	5,2	16,0	19,7
Maschinenbau . .	102,6	91,0	91,9	78,1	12,9	14,2	24,5	23,9
Bräuerarbeit., gel.	119,9	102,5	102,2	101,3	1,2	1,2	18,6	15,5
Bräuerarbeit., ungel.	108,7	92,8	92,5	91,5	1,3	1,4	17,2	15,8
Mühlarbeit., gelermte	102,8	86,9	85,9	85,3	1,6	1,8	17,5	17,0
Mühlarbeit., ungel.	95,2	80,4	78,4	78,8	1,6	2,0	16,4	17,2
Bäcker	110,0	91,3	89,9	86,7	4,6	5,0	23,3	21,2
Softwarenindustrie								
Facharbeiter . .	98,2	81,0	81,4	72,0	2,0	2,5	19,2	19,6
Spezialbetriebe . .	91,4	76,3	74,6	72,0	4,3	5,6	19,4	21,2
Handelskassierer .	86,0	71,4	70,1	67,7	3,7	5,2	19,3	21,3
Gärtner, gelermte	103,3	85,6	77,7	75,4	9,2	10,7	26,9	25,0
Kraftwerke, Überlandzentrale								
Gemeinschaftsbetriebe								
Handwerker . .	101,0	78,1	77,5	77,0	1,1	1,4	24,1	23,8
Gemeinschaftsbetriebe, ungelermte								
Handwerker . .	82,6	65,2	64,3	63,5	1,7	2,5	19,1	23,1
Eisenbahner, Handwerker	84,8	76,0	78,0	70,0	—	—	14,8	17,5
Eisenbahner, ungel.	68,0	55,6	55,6	55,6	—	—	11,4	16,8
In Deutschland	108,0	88,1	84,1	82,2	6,9	7,7	25,8	23,9

In großen ganzen stimmen die Ergebnisse unserer Tariflohnstatistik mit denjenigen der amtlichen Statistik überein. Aber weder die eine noch die andere Statistik gibt den richtigen Umfang der Lohnkürzungen in den beiden letzten Jahren wieder, denn es darf nicht außer acht gelassen werden, wie stark sich in dieser Zeit die Fälle der Unterschreitung der tariflichen Lohnsätze verbreitet haben.

Beitragszahlung im Krankheitsfalle

Wird ein Krankversicherter arbeitsunfähig krank, dann fällt mit demselben Tage für ihn die Pflicht fort, Beiträge zur Krankenkasse zu entrichten. Das ist an sich ganz selbstverständlich; denn wenn der Versicherte arbeitsunfähig ist, fällt ja in der Regel auch der Lohn fort, und der Versicherte erhält von der Kasse Krankengeld. Daß er daneben auch noch Beiträge zahlen soll, kann man nicht gut verlangen. Nun gibt es freilich Versicherte, die gegen ihren Arbeitgeber auch im Krankheitsfalle Anspruch auf Lohn und Gehalt haben und die deshalb sehr wohl Beiträge bezahlen könnten. Da aber grundsätzlich alle Versicherten gleich behandelt werden müssen, sind auch solche Lohnempfänger der Pflicht zur Beitragszahlung im Krankheitsfalle enthoben. Soweit gut! Weniger gut aber ist für die Versicherten, Arbeitgeber und Krankenkassen, was nun kommt.

Wenn auch der Versicherte bei Arbeitsunfähigkeit keine Beiträge zahlen muß, so bleibt er doch versichert. Und das hat, wie das Reichversicherungsamt jetzt herausgefunden hat, eine sehr merkwürdige Folge. Das Gesetz bestimmt nämlich, daß diejenigen, die gegen Krankheit versichert sind, gleichzeitig auch gegen Arbeitslosigkeit versichert werden müssen. Dafür sind natürlich auch Beiträge zu zahlen, und weil ja die Krankenkassen für sich ohnehin Beiträge erheben müssen, hat man ihnen die Pflicht auferlegt, die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung gleich mit einzuziehen, und zwar als „Zuschläge“ zu den Krankenkassenbeiträgen. Das bedeutet zwar für die Krankenkassen eine nicht sehr angenehme Mehrarbeit, ist aber volkswirtschaftlich ganz richtig. Die Krankenkassen (und mit ihnen eine Reihe namhafter Juristen) sagen nun folgendes:

Wenn wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung als „Zuschläge“ zu den Kassenbeiträgen einziehen sollen, dann setzt das voraus, daß wir überhaupt Kassenbeiträge einheben müssen. Ist aber der Versicherte arbeitsunfähig, dann braucht er keinen Kassenbeitrag zu zahlen und dann kann die Kasse auch keinen „Zuschlag“ dazu erheben; denn in dem Worte „Zuschlag“ liegt ja, daß überhaupt ein Grundbetrag da ist, dem ich etwas zuschlagen kann. Nach diesen Gedankengängen handeln die Kassen schon über fünf Jahre, das heißt: dem arbeitsunfähigen Versicherten wurden weder Beiträge zur Krankenkasse noch zur Arbeitslosenversicherung abgezogen. Und hier hat nun das Reichversicherungsamt mit einer Entscheidung vom 9. November 1932 eingegriffen.

Das Reichversicherungsamt erklärt in dieser Entscheidung rund heraus, daß die Kassen bisher ganz falsch gehandelt hätten. Wenn auch bei Arbeitsunfähigkeit die Krankenkassenbeiträge wegfallen, so bedeutet das — nach der Meinung des Reichversicherungsamts — noch durchaus nicht, daß nun auch der Versicherte nichts mehr für die Arbeitslosenversicherung zu entrichten habe; diese Beiträge müßten vielmehr weiter bezahlt werden. Ob das nun für die Versicherten zutrifft, die im Krankheitsfalle Lohn oder Gehalt weiterbezogen, oder auch für die anderen, die nur auf ihr Krankengeld angewiesen sind, sagt die Entscheidung leider nicht. Hoffentlich wollte das Reichversicherungsamt wenigstens nur die erste Gruppe von Versicherten erfassen; denn daß der Kranke, der nichts hat als sein Krankengeld, davon auch noch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen könnte, wird wohl kein vernünftiger Richter behaupten wollen.

Wie dem aber auch sei: Arbeitgebern und Versicherten werden neue Lasten auferlegt, den Krankenkassen werden neue Verwaltungsaufgaben aufgebürdet. Das alles in einer Zeit, in der jeder nach Verwaltungsvereinfachung und Verminderung des sozialen Aufwandes geradezu schreit. Es muß dringend vom Reichversicherungsamt verlangt werden, daß es seine Entscheidung umgekehrt ändert. Wenn es das nicht kann oder will, dann muß schleunigst das Gesetz geändert werden, sei es auch auf dem Wege der wenig beliebten Notverordnungen.

Vorläufig sind die Krankenkassen in einer Zwangslage. Die Entscheidung besteht, und wenn die Kassen sie auch für falsch halten, so müssen sie sie doch durchführen. Tun sie es

nicht, so können sie dazu von der Aufsichtsbehörde angehalten werden und gegebenenfalls müßten die Vorstandsmitglieder der Kassen die Beiträge aus eigener Tasche zahlen. Es hilft also den Kassen nichts, sie müssen die Beiträge einziehen. An den Arbeitgebern und Versicherten liegt es, durch ihre Organisationen dafür zu sorgen, daß dieser Zustand schnellstens wieder geändert wird. Die Spitzenverbände der Krankenkassen sind ebenfalls schon beim Reichsarbeitsminister vorstellig geworden, damit die durch die Entscheidung entstehende neue Belastung der Wirtschaft wieder aus der Welt geschafft wird.

Eine wichtige Lohnsteuerfrage

Der Reichsfinanzhof hatte sich kürzlich mit der Frage zu beschäftigen, ob ein Haushaltsvorstand für sein über 18 Jahre altes, aber noch minderjähriges arbeitsloses Kind beim Lohnsteuerabzug die übliche Familienermäßigung zu beanspruchen hat. Diese Frage wurde bejaht. Sie dürfte eigentlich gar nicht strittig sein, da sie im § 70 des Einkommensteuergesetzes ganz klar geregelt ist. Das scheinen aber manche Gemeindebehörden und Finanzämter nicht zu wissen, wie aus den Verhandlungen des Reichsfinanzhofs hervorgeht. In seiner Entscheidung (VI A 427/32) heißt es:

Minderjährige Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren ohne steuerpflichtiges Einkommen sind bei der Berechnung der Familienermäßigung mit zu rechnen. Dabei ist zu beachten, daß Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung kein steuerpflichtiges Einkommen sind. — Maßgebend für die Zahl der zu berücksichtigenden Kinder ist in jedem Falle die Eintragung in der Steuerkarte. Diese Eintragung entspricht in der Regel dem Familienstande am 10. Oktober des vorausgegangenen Jahres. Sind an diesem Tage arbeitslose Kinder vorhanden, dann sind diese als solche in den behördlichen Personerstandsaufnahmebogen aufzunehmen, der alljährlich an diesem Tage von jedem Haushaltsvorstand auszufüllen ist. Bei der Ausstellung der Steuerkarte hat die Gemeindebehörde diese arbeitslosen Kinder als solche Kinder anzugeben, die bei der Berechnung der Familienermäßigungen zu berücksichtigen sind. Sie kann die Mitzählung der über 18 Jahre alten arbeitslosen Kinder auf eine bestimmte Zeit beschränken, wenn sie vermutet, daß diese über kurz oder lang wieder eigenes steuerpflichtiges Einkommen haben werden. Lautet die Eintragung auf eine beschränkte Zeit, dann hat der Familienvater vor ihrem Ablauf bei der zuständigen Gemeindebehörde (nicht Finanzamt) die weitere Mitzählung des arbeitslosen Kindes zu beantragen. Wird ein über 18 bis 21 Jahre altes Kind erst nach der Personerstandsaufnahme arbeitslos, muß der Familienvater bei der Gemeindebehörde sofort eine entsprechende Berichtigung seiner Steuerkarte beantragen. Von der nächsten Lohnzahlung an gilt dann die neue Eintragung in der Steuerkarte.

Ein solcher Antrag muß auch gestellt werden, wenn die Familie durch Geburt oder Annahme eines Kindes größer geworden ist; solange dies nicht geschehen ist, gilt die eingetragene Familienzahl.

Wie lange hast du noch zu leben?

Eine originelle, dabei durchaus zeitgemäße Werbeschrift hat die Volksfürsorge, das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen, herausgebracht. „Wie lange hast Du noch zu leben?“ heißt die Titelseite dieses Bildflugblattes, und man sieht darauf, wie ein Personenkreis sich bemüht, aus einem besonderen Automaten dieses wohl alle Menschen beschäftigenden Rätsels Lösung in Erfahrung zu bringen. Ein aufschlußreicher Text, der durch statistisches Zahlenmaterial noch in seiner Wirkung unterstützt wird, vervollständigt diese gelungene Werbeschrift, die von der Volksfürsorge, Hamburg 5, An der Alster 57/61, oder deren Berechnungsstellen gern allen Interessenten verabfolgt wird.

Wickelkasten für die Ankerwickel. Von Zivilingenieur Fritz Raskop. Vierte vermehrte und verbesserte Auflage. 86 Abbildungen und Schaltbilder. 1932. Preis broschiert 8 M., gebunden 10 M. Technischer Verlag M. Krays, Berlin W. — Der Verfasser will mit seinem Buch dem Wunsche der Praktiker Rechnung tragen, die die Berechnung der Wickelkasten kennen lernen möchten, weil sie mit der Reparatur und Neuwicklung einer elektrischen Maschine verbunden ist. Das Buch ist ein nützlicher Leitfaden für die Herstellung der Ankerwickelungen an Gleich- und Drehstrommotoren. Die Berechnungen des Wickels und Kollektorschaltens für Anker- und Feldwickelungen werden in so leichtverständlicher Art erklärt, daß es keiner mathematischen Vorkenntnisse bedarf, um diese Beispiele nachzuzahlen.

Bei Kopfschmerzen
Rheuma - Muskel- u. Nervenrissen
Herbin Stodin
 Sie werden angenehm überrascht sein.
H.G. ALBERT WEBER, MAGDEBURG.

Wir liefern an jedermann
Tuche
 Herrenstoffe Damenstoffe
Fabrik
 Verlangen Sie sofort Muster
Lothmann & Assing
 Altes Tuchverstandnis mit eigener Fabrikation
 Spremberg (Lausitz) 5

8 Jahre tuberkulös
 beide Lungen und Kehlkopf, 2 Jahre lang best. Regret, Stimme verloren. 14 Tage nach Beginn einer Kur im Hause konnte ich schon täglich 2 Stunden singen. Schlimm bestand sich der Zustand nicht. Kann mich wieder sprechen. Gegen Rückfälle gebe ich Anker. Das Mittel darf nur in Apotheken verwendet werden.
Wilk. Mederer
 (München 23, Baderstr. 7)

8 Jahre tuberkulös
 beide Lungen und Kehlkopf, 2 Jahre lang best. Regret, Stimme verloren. 14 Tage nach Beginn einer Kur im Hause konnte ich schon täglich 2 Stunden singen. Schlimm bestand sich der Zustand nicht. Kann mich wieder sprechen. Gegen Rückfälle gebe ich Anker. Das Mittel darf nur in Apotheken verwendet werden.
Wilk. Mederer
 (München 23, Baderstr. 7)

Asthma (Atemnot)
 werden schnellstens beseitigt durch den tonisierenden und reizfördernden
Herbaria Kräutertee Nr. 6
 welcher phlegmatische, katarrhalische und fröhenförmige Kräfte und offeneren Befinden bewirkt. Siehe Danziger Katalog bei B. Weiss, Berlin, Nr. 250 928. Nur mit 6 Paketen 14 RM., mit 10 Paketen 22 RM., ab drei Paketen franco Nachnahme durch Post.
Herbaria Kräuterparadies, GmbH, Philippsburg A. 304 (Baden)
 Kapfingergäßchen über die Beförderung fast aller Krankheiten in Berlin.